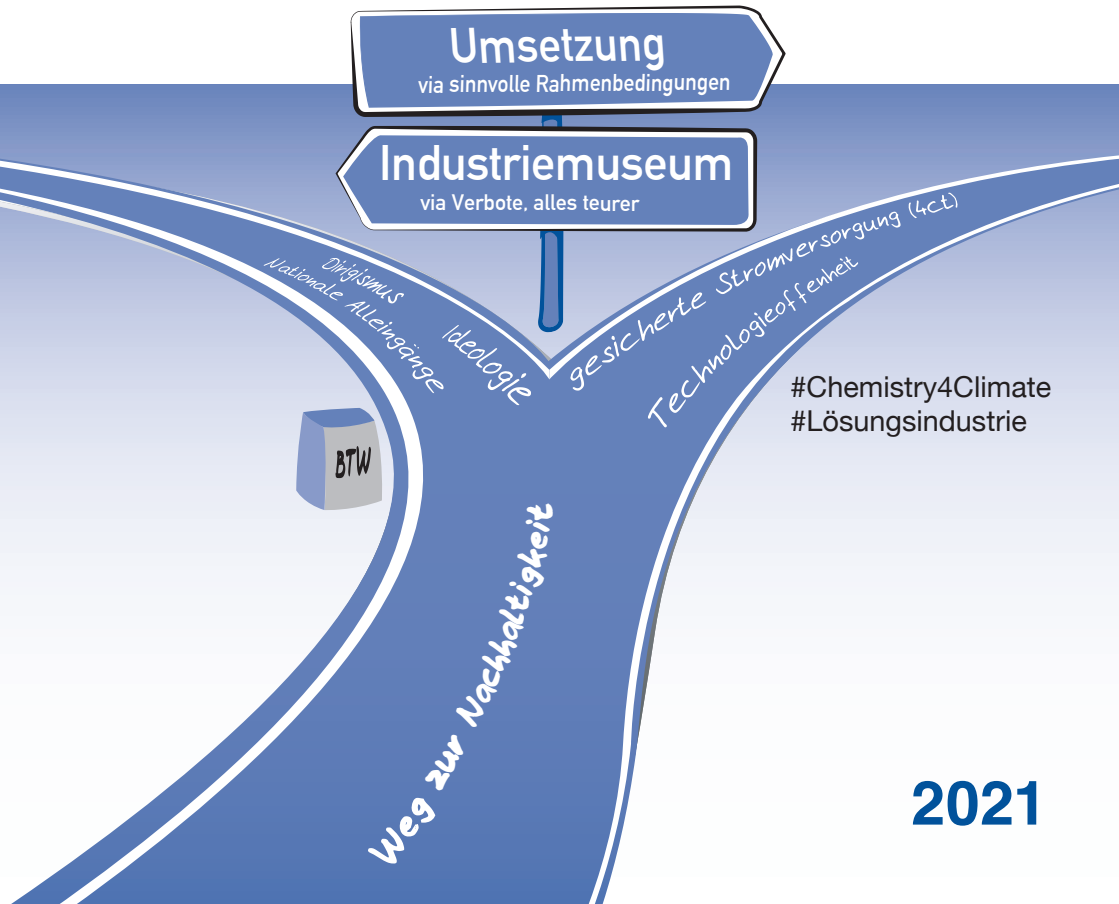
JAHRESBERICHT

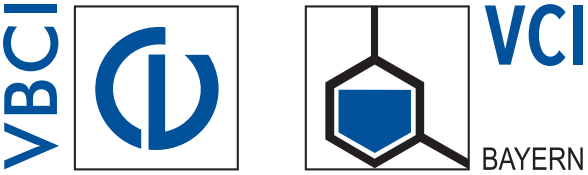
VBCI VCI BAYERN

Die Bayerischen Chemieverbände



#Chemistry4Climate
#Lösungsindustrie

2021



Die Bayerischen Chemieverbände

JAHRESBERICHT 2020 / 2021

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern
VCI-LV Bayern

Inhalt

Vorwort Dr. Christian Hartel, Vorsitzender des Vorstands 4

Vorwort Walter Vogg, Hauptgeschäftsführer und Vorstand. 8

#Lösungsindustrie 12

Wirtschaftliche Lage 18

Tarifpolitik 22

Sozialpolitik 26

Industriepolitik 34

Gesundheitspolitik. 44

Aus der Arbeit des VBCI 48

Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern 58

Ausblick 66

Übersichtsgrafik Gremien, Arbeitskreise,
Expertenkreise, Expertendialoge. 70

Gremienmitglieder 72

Statistiken 74

Team der Bayerischen Chemieverbände. 76

Hinweis:
Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet. Alle Geschlechter mögen sich bitte gleichermaßen angesprochen fühlen!



Sehr geehrte Damen und Herren,

was für ein Jahr! Corona und kein Ende, eine kurze heftige Wirtschaftskrise, dann die Erholung, endlich Impfen und jetzt langsam Licht am Ende des Pandemietunnels.

Aber es gibt immer noch Probleme bei der Rohstoffbeschaffung und in der Logistik. Die Pandemie ist noch nicht überwunden und schon dominiert das Thema „Klimaschutz“ wieder alle Debatten. Hier stehen wir vor einer fundamentalen Frage, einer Grundsatzentscheidung in Deutschland: Machen wir weiter mit immer neuen Zielvorgaben oder kümmern wir uns endlich um die notwendigen Bedingungen für die Umsetzung?

Längst ist ein Wettstreit um die schärfsten Klimaziele entbrannt: zuerst die Verschärfung auf EU-Ebene für 2030. Dann Deutschland mit dem Beschluss, schon 2045 klimaneutral sein zu wollen. Und schließlich noch die Ankündigung, dass Bayern dieses Ziel vielleicht schon 2040 erreichen will. Gerade so, als ob man mit immer noch ambitionierteren Zielen die Herausforderungen in der Umsetzung leichter bewältigen könnte.

»WIR HABEN EINE UMSETZUNGSHERAUSFORDERUNG, KEIN MOTIVATIONSPROBLEM BEIM KLIMASCHUTZ.«

Die Wahrheit ist: Nicht mangelnde Motivation ist die große Hürde bei der Umsetzung der Maßnahmen für den Klimaschutz – es ist der politische und infrastrukturelle Rahmen!

Wie denn soll ein energieintensives Unternehmen agieren, wenn die Energie – wegen steigender CO_2-Preise – einfach nur immer teurer wird, es aber keine klimafreundlichen, bezahlbaren Alternativen gibt?

Die Voraussetzungen, dass unsere Unternehmen klimaneutral werden können, sind schlicht noch nicht gegeben. CO_2-Emissionen zu verbieten oder zu unterbinden, ist einfach – politisch, regulatorisch und auch technisch. Die eigentliche Aufgabe besteht aber darin, den Wirtschaftsstandort Deutschland dabei zu erhalten und womöglich sogar zu stärken. Für diesen, den schwierigen Teil der Aufgabe, gibt es leider viel zu wenige Konzepte.

Als Industrieland genießen wir Privilegien, um die uns viele andere Länder beneiden. Die hohen Standards beim Umweltschutz, im Gesundheitssystem, im Bildungswesen und bei allen Arten der Versorgung haben nur mit einer starken Wirtschaft, mit einer starken Industrie und mit einer starken Chemie auch in Zukunft Bestand. Gerade wir, als Industrie der Industrie, als Wurzel und Gefäßsystem des „Industriebaums“, sind der Möglichmacher schlechthin. Die Chemie ist die #Lösungsindustrie – bei fast allen Herausforderungen. Deutschland ist die größte Chemie-Nation Europas und die Nummer vier in der Welt. Die Chemie ist einer der wichtigsten Eckpfeiler unseres Wohlstands. Es darf nicht sein, dass der Verlust an Wertschöpfungstiefe, das Verschwinden von Unternehmen mit einem Schulterzucken quittiert wird. Um im Klimaschutz und bei der Nachhaltigkeit erfolgreich zu sein, ist es eine unumgängliche Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit der Chemie zu erhalten – wir werden dafür gebraucht.

»WOHER SOLL DIE NÖTIGE GRÜNE ENERGIE FÜR EINEN ERFOLGREICHEN KLIMASCHUTZ KOMMEN?«

Die Energieversorgung war schon immer der Schlüssel für eine starke Industrie. Das gilt unter dem Vorzeichen des Klimaschutzes umso mehr.

Wenn die Chemie- und Pharmabranche mit ihrer heutigen Wertschöpfungstiefe klimaneutral werden soll, braucht sie sehr viel günstigen grünen Strom. In Deutschland benötigt eine klimaneutrale chemisch-pharmazeutische Industrie statt heute 54 TWh voraussichtlich weit über 600 TWh Strom. Andere Branchen wie Stahl, Zement oder Glas haben möglicherweise ähnliche Bedarfe.

Wer die „Klimaneutralität“ also ernsthaft anstrebt, der muss nicht die Ambitionen höher stecken, sondern der Industrie endlich eine Antwort auf folgende drei Fragen geben:

- Woher kann die CO_2-freie Energie in der benötigten Menge kommen? Erneuerbare Energien aus Deutschland allein werden bei Weitem nicht reichen.
- Wie – als Strom, als Wasserstoff oder als anderer Energieträger, über Kabel oder Rohre – kommt die Energie nach Deutschland und schließlich nach Bayern?
- Wie kann sie gleichzeitig bezahlbar bleiben – also weniger als 4 Cent pro kWh beim Strom kosten?

Die letzte Frage, die Bezahlbarkeit der Energie, ist deswegen so wichtig, weil Preissteigerungen bei Rohstoffen und Energie in Geschäftsfeldern, die im internationalen Wettbewerb stehen, eben nicht an die Kunden weitergegeben werden können, solange die Konkurrenz in anderen Regionen der Welt nicht das gleiche Preisniveau hat. Die Chemie- und Pharmabranche ist aber international tätig, mit Exportquoten von teils über 70 Prozent. Deshalb wäre es die wichtigste Aufgabe Europas, sich für eine weltweit einheitliche CO_2-Bepreisung einzusetzen – das würde dem Klimaschutz *wirklich* helfen.

»WIE KOMMT DIE GRÜNE ENERGIE NACH BAYERN – UND ZWAR BEZAHLBAR?«

Dringliche offene Fragen gibt es aber nicht nur in Sachen Klimaschutz und Energieversorgung. Mit den vielfältigen Programmen, die unter der Überschrift Green Deal zusammengefasst sind, kommen neben den ungelösten Fragen zur Energiepolitik weitere problematische Themen auf uns – und damit auf die Gesellschaft – zu, die ebenfalls zu echten Kippelementen in der wirtschaftlichen Entwicklung werden können:

- Die EU-Chemikalienstrategie, die neue Bewertungskriterien für Chemikalien einführt und mit dem Ziel einer schadstofffreien Umwelt viele wichtige Stoffe verbieten bzw. stark einschränken will.
- Die immer länger und unsicherer werdenden Genehmigungsverfahren, die zudem die Gefahr bergen, dem Wettbewerb die eigenen Betriebsgeheimnisse zu offenbaren.
- Und die EU-Taxonomie für Sustainable Finance, die selbstverständlich nicht in der Lage ist, die Komplexität der Wertschöpfungsketten – insbesondere in der Chemie – sachgerecht abzubilden und so bei der Finanzierung der doch gewünschten Transformation der Industrie Schwierigkeiten verursacht.

Über die ungeeigneten Schutzmechanismen wie „CBAM“s, also Carbon Border Adjustments Mechanisms, oder die unzureichende Kompensation für die Kosten im Rahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes wäre ein ganzes Buch zu füllen.

» WIR SIND ZUM ERFOLG VERDAMMT. KLIMASCHUTZ GEHT NICHT OHNE CHEMIE – UND ALLES ANDERE AUCH NICHT! «

Wie gehen wir in Deutschland und Bayern also mit dieser fundamentalen Frage, dieser Grundsatzentscheidung um?

Verlieren wir uns in weiteren Zielverschärfungen, in Verteuerung von Energie, in bürokratischem Kleinklein und regulatorischen Hürden oder fangen wir endlich an, den Kern der Herausforderung anzugehen und Rahmenbedingungen zu schaffen, um die CO_2-Emissionen wirklich senken zu können?

In diesem Herbst wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. Mit dem Abschied von Bundeskanzlerin Angela Merkel wird eine Ära zu Ende gehen. Das ist vielleicht auch ein guter Zeitpunkt, die Weichen zu stellen, um die großen Herausforderungen unserer Zeit angemessen in den Blick zu nehmen und dann nach der Wahl hoffentlich auch anzugehen. Denn wir sind zum Erfolg verdammt. Klimaschutz geht nicht ohne Chemie – und alles andere auch nicht!

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich aktiv an der öffentlichen Debatte beteiligen und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre unseres Jahresberichts, der wie immer nicht nur ein Bericht, sondern auch ein Positionspapier ist. Wir wollen damit einerseits unsere Argumente erläutern und freuen uns andererseits über eine Diskussion darüber.

Unseren Mitgliedern möchte ich für die – trotz Pandemie – engagierte und gute Zusammenarbeit, u.a. in den Gremien und Arbeitskreisen, sehr danken.

Herzlichen Dank und bleiben Sie gesund!



Ihr Christian Hartel
Vorsitzender des Vorstands



Sehr geehrte Damen und Herren,

„Machen ist wie wollen – nur geiler!“

Verzeihen Sie bitte die etwas derbe Wortwahl, aber der Satz bringt m.E. auf den Punkt, womit unsere Mitglieder gerade am meisten zu kämpfen haben.

Denn sie sind „Unternehmer“ und keine „Unterlasser“! Sie sind bereit, ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaziele, zur Bekämpfung der Pandemie, zum Gesundheitsschutz, zur Sicherung der Ernährung – ganz allgemein zum technologischen Fortschritt und zum Erhalt unseres Wohlstands zu leisten. Und sie können dies auch, denn unsere Branche ist die #Lösungsindustrie! Aber man muss sie auch machen lassen! Und das bedeutet, dass diejenigen, die täglich von der Industrie Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit einfordern, nicht nur immer sagen, was sie „wollen“ und sich im Wesentlichen darin erschöpfen, immer ambitioniertere Ziele und Zeitpläne aufzustellen – denn „wollen ist wie machen – nur viel einfacher!“

»WIR MÜSSEN ENDLICH VOM WOLLEN ZUM MACHEN KOMMEN!«

Wir müssen vom „Wollen“ zum „Machen“ kommen und endlich dafür sorgen, dass die Unternehmen auch die dafür notwendigen Rahmenbedingungen bekommen.

Und das beginnt z.B. beim Klimaschutz schon damit, dass wir die Realitätsverweigerung beenden und zur Kenntnis nehmen, welch riesige Mengen an zusätzlicher regenerativ erzeugter Energie allein unsere Branche braucht, um ihre Prozesse auf umweltfreundlichere Technologien wie z.B. die Wasserstoffwirtschaft umzustellen und dass dieser Bedarf nicht allein mit einem entsprechenden Ausbau von Wind- oder Solarenergie in unserem Land gedeckt werden kann. Wir brauchen dringend die Infrastruktur, um die notwendige

Energie oder entsprechende Energieträger – sei es Strom oder z.B. Wasserstoff – in unser Land zu bringen. Dass man nach Jahren des fast schon verzweifelten Versuchs, den wachsenden Strombedarf allen Beteiligten klar zu machen, jetzt aus dem Bundeswirtschaftsministerium und zuletzt auch von der Kanzlerin hört, man habe sich hinsichtlich des erforderlichen Strombedarfs offenbar getäuscht, macht einen (fast) sprachlos.

Und die Uhr tickt! Angesichts der bisher gewohnten Dauer von Genehmigungsverfahren für die notwendige Infrastruktur in unserem Land und der wenig ausgeprägten Bereitschaft weiter Teile der Bevölkerung, die sichtbaren Folgen der geforderten Veränderungen zu akzeptieren, sind Forderungen nach einer bayerischen Klimaneutralität schon im Jahr 2040 durchaus „ambitioniert" – man könnte auch weniger schmeichelhafte Begriffe dafür finden…

» WIR BRAUCHEN DIE INVESTIONSRELEVANTEN ENTSCHEIDUNGEN JETZT! «

Wir brauchen daher die investitionsrelevanten Entscheidungen JETZT, wenn wir auch die energieintensive Industrie in unserem Land halten und Zukunftsinvestitionen nicht zuletzt auch für den Erhalt von zigtausend Arbeitsplätzen sichern wollen.

Und dann hört man leider auch immer wieder Stimmen, die es volkswirtschaftlich für vertretbar halten, wenn energieintensive Grundstoffindustrien hierzulande nicht mehr produzieren können, weil dieser Verlust an Wirtschaftskraft vermeintlich durch neue innovative Klimaschutz-Geschäftsmodelle ersetzt würde. Vor einer solch achselzuckenden Sicht der Abwicklung wesentlicher Teile der deutschen Industrie, um die Klimaziele zu erreichen, möchten wir eindringlich warnen! Sowohl die Corona-Pandemie – egal ob mit Blick auf Desinfektionsmittel, Schutzmasken oder Impfstoffe – als auch die aktuellen Lieferengpässe im Halbleiter-Bereich, die nicht nur der Automobilbranche schwer zu schaffen machen, zeigen doch die Wichtigkeit funktionierender industrieller Wertschöpfungsketten gerade auch unter strategischen Aspekten eindrucksvoll auf.

Ohne polykristallines Silizium keine Solarzelle, kein Computerchip und keine Digitalisierung, ohne High-Tech-Werkstoffe aus Kunststoffen dreht sich kein Windrad, ohne Membrantechnologien aus Fluorpolymeren funktioniert kei-

ne Wasserelektrolyse und keine Brennstoffzelle und ohne Katalysatortechnologie ist Power-to-X nicht denkbar. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Lesen Sie dazu das Kapitel „#Lösungsindustrie“!

Der fast schon naive Glaube, wir könnten unsere energieintensiven Industrien mit hochkomplexen europäischen Grenzausgleichsmechanismen retten, die stattdessen vielmehr das Potential für neue Handelskonflikte selbst mit unseren engen Partnern haben, gerät seit einer deutlichen Ansage der USA anlässlich des Europabesuchs von US-Präsident Joe Biden bereits ins Wanken. Und statt zumindest einen international wettbewerbsfähigen europäischen Industriestrompreis zu schaffen, der neben einem möglichst globalen CO_2-Zertifikatehandel ein wichtiger Lösungsansatz sein könnte, wird dieser gerade seitens des zuständigen EU-Kommissars pauschal abgelehnt.

In ihren „Schönwetterreden“ spricht die Politik gerne von den Chancen, die der Klimawandel für einen technologischen Umbau in eine klimaneutrale Wirtschaft birgt. Und ja, es gibt die Chancen. Und ja, die Unternehmen sind auch bereit, diese zu ergreifen. Aber so wird das nichts!

Doch nicht nur beim Klimaschutz müssen wir uns entscheiden, ob der eingeschlagene Weg zum Ziel führt.

»TARIFPOLITIK MUSS BEDARFSORIENTIERTE LÖSUNGEN ANBIETEN, DIE EINEN MEHRWERT LIEFERN.«

Auch auf dem Gebiet der Tarifpolitik sehen wir uns – über alle Branchen hinweg – vor der Frage, ob die Richtung, die wir in den letzten Jahren genommen haben, tatsächlich zur Stärkung der Sozialpartnerschaft, zu mehr Tarifbindung und zum Erhalt des Flächentarifvertrages führt – allesamt hohe Güter, die es zu bewahren und zu entwickeln gilt.

Tarifpolitik ist kein Selbstzweck. Innovative Tarifpolitik muss bedarfsorientierter Lösungsanbieter sein, wo tarifliche Regelungen sinnvoll sind und einen Mehrwert für beide Seiten liefern. Dabei erfüllen Regelungen, die zwar „neu“ sind, aber dabei beliebig komplex und mit hohem Umsetzungsaufwand am tatsächlichen Bedarf vorbeigehen, den Begriff „innovativ“ sicher nicht.
Statt immer mehr Komplexität brauchen die Unternehmen hier möglichst einfache, klare und bedarfsgerechte Lösungen, die schnell und unbürokra-

tisch umgesetzt werden können und Regelungskonflikte nicht als die Fortsetzung von Tarifverhandlungen in die Betriebe tragen. Und manchmal ist es vielleicht auch klüger, auf eine tarifliche Regelung zu verzichten, weil die Unternehmen bestimmte Fragen bedarfsgerechter einfach selbst besser regeln können.

Wir leben in bemerkenswerten Zeiten. Nach mehr als einem Jahr pandemiebedingter Krise, die uns auch auf vielen anderen Gebieten, von denen in unserem Jahresbericht noch die Rede sein wird, vor große Herausforderungen gestellt hat, sehen wir jetzt endlich wieder mehr Licht am Ende des Tunnels. Wir, das gesamte Team der Bayerischen Chemieverbände, haben unser Bestes gegeben, unsere Mitglieder in dieser schweren Zeit nach Kräften zu unterstützen. Die vielen positiven Rückmeldungen aus unserer Mitgliedschaft hierzu haben uns sehr gefreut. Dafür herzlichen Dank!

Umso mehr bedauern wir, dass wir uns auch in diesem Jahr nicht persönlich, sondern pandemiebedingt nur virtuell zu unserer jährlichen Mitgliederversammlung treffen können, um uns über die aktuelle Situation und die noch zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen, aber auch über die Chancen und die dafür nötigen Rahmenbedingungen auszutauschen. Die unsichere Genehmigungslage und mehr noch die Vernunft verbieten nach wie vor ein persönliches Treffen in so großer Runde. Aber seien Sie versichert, dass wir trotz der auch für uns oftmals erschwerten Arbeitssituation weiterhin mit ganzer Kraft für die chemisch-pharmazeutische Industrie und gute Rahmenbedingungen für unsere Mitgliedsunternehmen arbeiten werden.

Denn wir vertreten die #Lösungsindustrie! Darauf sind wir stolz! Und auch wir finden: „Machen ist wie wollen – nur geiler!“ In diesem Sinne: Bleiben wir zuversichtlich! Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen. Vielen Dank für Ihr positives Feedback. Alles Gute, viel Erfolg und auf eine gute Zukunft!

Ihr



Walter Vogg
Hauptgeschäftsführer

#Lösungsindustrie

Nachhaltigkeit geht nur mit der #Lösungsindustrie Chemie und Pharma!



Die Chemie ist "Wurzel" und "Gefäss" im "Industriebaum" - sie versorgt die Wertschöpfungsketten - Stamm, Äste, Blätter - mit nachhaltigen Innovationen

#Lösungsindustrie – es geht um die Nachhaltigkeit

Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, was Sie mit „Chemie“ assoziieren? Die meisten Menschen im unmittelbaren Umfeld reagieren dann gerne einmal mit ihren mehr oder weniger guten Erfahrungen aus der Schulzeit. Andere haben vielleicht rauchende Schlote von gewaltigen Industriekomplexen vor dem Auge – andere wiederum Experimente mit viel Farbe, Knall und Rauch oder gar die (Aus-)Wirkung der alkoholischen Gärung à la „Feuerzangenbowle“. Eher seltener bekommt man die Assoziation „Alles ist Chemie!“ – oder wer es moderner mag „Komisch, alles chemisch!“ – zu hören, die auf gleichnamige Bücher referenzieren, welche (unter vielen anderen) die Relevanz der Chemie für unser alltägliches Leben beschreiben. Eine aktuelle Studie des Rheingold-Instituts im Auftrag von VCI und IG BCE bringt dieses paradoxe Spannungsfeld beim Blick auf das öffentliche Bild der Chemieindustrie eindrucksvoll auf den Punkt: Die Branche rangiert hier zwischen Teufelswerk und Lösungsindustrie.

Bei dieser Ambivalenz spielen naturgemäß viele Faktoren eine Rolle. Die obengenannte sehr lesenswerte Studie bietet hier tiefgreifende Einblicke – und gibt dabei auch Impulse, wie ein solches Paradoxon möglicherweise aufzulösen ist. Denn einerseits wird die Heilsbringerseite viel leichter verdrängt. Andererseits es ist wichtiger denn je, dass „die Chemie“ nicht nur als innovativer Problemlöser verstanden wird – sondern eben auch Rahmenbedingungen vorfindet, um diese Innovationen hierzulande entwickeln und umsetzen zu können.

»DIE LÖSUNGSKOMPETENZ DER CHEMIE IST FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG MEHR DENN JE GEFRAGT.«

Die Chemie, die sich als Naturwissenschaft mit den Eigenschaften und der Umwandlung von Stoffen beschäftigt, hat seit ihrer systematischen Erforschung und der Entwicklung einer eigenen Industrie – der chemisch-pharmazeutischen Industrie – immer wieder wichtige „Lösungen“ für die Herausforderungen der menschlichen Zivilisation hervorgebracht. Sei es die künstliche Düngung Mitte des 19. Jahrhunderts, um Hungersnöte zu bekämpfen, sei es Anfang des 20. Jahrhunderts die Entdeckung der Kunststoffe, um bislang ungeahnte werkstoffliche Dimensionen zu erschließen oder sei es die Entdeckung von Antibiotika und deren Einsatz zur Behandlung bakterieller Infektionen, um

nur einige Beispiele zu nennen. Dabei soll auch nicht verschwiegen werden, dass manche Lösungen für Herausforderungen der Vergangenheit heute wieder zu neuen Herausforderungen führen: Überdüngung und Gewässerbelastung, Kunststoffe in der Umwelt, Antibiotika-Resistenzen – um im Bild der obigen Beispielreihe zu bleiben. Aber auch Klima- und Umweltschutz, Kreislaufwirtschaft und (gerade mit Blick auf die Erfahrungen der Corona-Pandemie) Gesundheitsschutz – kurzum der Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung der menschlichen Zivilisation – schaffen gigantische Herausforderungen, die ohne die „Kunst des Stoffwandelns", ohne die Chemie als Wissenschaft und Industrie gleichermaßen nicht zu bewältigen sind.

»KLIMASCHUTZ IST CHEMIEKOMPETENZ – HIER WIRD SOGAR CO_2 WIEDER ZUM ROHSTOFF.«

Betrachtet man den Klimaschutz, so wird deutlich, dass ohne die innovativen Produkte der chemischen Industrie dieser gar nicht möglich ist. Das eingängigste Beispiel sind hier Solarzellen, die ohne „Silizium in Reinstform" nicht denkbar wären. Ganz nebenbei bemerkt: Silizium ist auch der Rohstoff zur Herstellung von Computerchips, was ihn zum unentbehrlichen Treiber der Digitalisierung macht. Aber auch ein Windrad, das – egal ob an Land oder auf See – tagtäglich der Witterung und Naturgewalten ausgesetzt ist, kann nicht ohne Chemieinnovation auskommen: von High-Tech-Werkstoffen für gleichermaßen stabile und flexible Rotorblätter bis hin zu Hochleistungsschmierstoffen oder schützenden Beschichtungssystemen. Bei der Wasserstoffwirtschaft steht mit der Spaltung von Wasser – oder auch bei anderen Erzeugungsarten – gar ein chemischer Prozess unmittelbar zu Beginn der Kette. Und die dafür nötigen Speziallösungen wie hocheffiziente Elektrolyse- oder Brennstoffzellmembranen, u.a. aus Fluorpolymeren, liefert die chemische Industrie ebenfalls zu. Natürlich ist die Branche auch federführend bei der stofflichen Nutzung von Wasserstoff im Rahmen von sog. Power-to-X-Prozessen. Dabei zeigt sich einmal mehr, dass das „Stoffwandeln" der Schlüssel schlechthin ist – denn die Chemie ist als einzige Branche in der Lage, das Klimagas CO_2 auch als Rohstoff zu verwenden und daraus Werte zu schaffen – egal ob bei der Herstellung von „grünen Chemikalien" wie z.B. Methanol, klimaneutralen Treibstoffen oder neuartigen Kunststoffen.

Auch für die Mobilität der Zukunft sind Chemieprodukte nicht wegzudenken, was man schon heute u.a. an Batteriematerialien, Reifen mit geringem Rollwi-

derstand und Leichtbauinnovationen festmachen kann. Ebenso bleibt der Gebäudesektor nicht außen vor, denn moderne Dämmstoffe, Dichtmassen und Spezialklebstoffe für isolierende Fensterverglasungen, immer effizientere LED-Technologien bis hin zum Waschmittel, das auch bei geringen Temperaturen eine hohe Reinigungsleistung erzielt, zahlen auf eine Verringerung der Emission von Klimagasen ein. So ließe sich die Liste allein für den Bereich Klimaschutz lange weiterführen.

» CHEMIE KANN KOHLENSTOFFKREISLÄUFE SCHLIESSEN.«

Die Transformation hin zu einer Kreislaufwirtschaft mit weitestgehend geschlossenen Energie- und Materialkreisläufen benötigt innovative Ideen und Technologien des „Stoffwandelns“. Am augenfälligsten ist dies beim Thema „Kunststoffrecycling“. Der vielfältige Nutzen von Kunststoffen ist dabei unbestreitbar – egal ob Blutbeutel, Medizinprodukte (wie Herzkatheter oder Implantate), Lebensmittelverpackungen für Hygiene und Haltbarkeit, bei Bauprodukten (wie hochbeständigen Kunststoff-Rohren, Betonzusätzen oder Kunststoffabdichtungen), um nur ein paar Beispiele zu nennen. Hier zeigt sich aber auch, dass es dringend neuer Lösungen bedarf, um kreislauffähige Systeme zu entwickeln. Die Chemie ist hier stark engagiert. So wird durch Design-for-Recycling-Ansätze schon beim Produkt-/Werkstoffdesign die Recyclierbarkeit mitgedacht. Aber auch chemische Recyclingprozesse können – komplementär zum mechanischen Recycling – eine neue stoffliche Verwertungsmöglichkeit für Abfallfraktionen schaffen, die bislang thermisch verwertet werden. Und nicht zuletzt ist auf das sukzessive Erschließen nachwachsender Rohstoffe als Basis für chemische Wertschöpfung hinzuweisen (z.B. für biobasierte Kunststoffe).

» CHEMIE- UND PHARMAINNOVATIONEN MARKIEREN DIE MEILENSTEINE AUS DER CORONA-PANDEMIE.«

Mit Blick auf die Corona-Pandemie ist der Wert einer vitalen chemisch-pharmazeutischen Industrie besonders deutlich geworden. Von der Verfügbarkeit von Desinfektionsmitteln oder Masken, der Entwicklung von Testmöglichkeiten für mehr Sicherheit im Alltag bis hin zu Medikamenten und dem Impfstoff in Rekordzeit (egal ob vektorbasiert oder mit der neuen mRNA-Technologie): Es sind Chemie- und Pharmainnovationen, die die Meilensteine auf einem

hoffentlich baldigen Weg aus der Corona-Krise markieren und Hoffnung auf eine neue Normalität geben. Dabei ist natürlich auch die Corona-Pandemie nur ein kleiner Teil dessen, worin die Branche im Gesundheitsschutz tätig ist – von der Arzneimittelforschung, neuen Therapiemöglichkeiten, Medizinprodukteentwicklung etc. wird auch weiterhin viel zu hören sein.

An dieser Stelle ließen sich noch viele weitere Bereiche aufzählen, in denen die chemisch-pharmazeutische Industrie wichtige Basisinnovationen für eine nachhaltige Entwicklung liefert oder in der Zukunft liefern kann. Es stellt sich allerdings die Frage, warum die „Kunst des Stoffwandelns“ eine so herausragende Rolle in dem Geflecht der industriellen Wertschöpfung einnimmt. Der Grund ist, dass Chemie und Pharma vielfach mit (energieintensiven) Grundstoffen am Beginn solcher Wertschöpfungsketten (z.B. Polysilizium) stehen oder in späteren Veredelungsstufen (z.B. Beschichtung von Windrädern) zentrale Lösungsbausteine zuliefern. Wie bei einem Baum versorgt die Chemie als „Wurzel“ und „Gefäß“ unterschiedliche Wertschöpfungsketten – Stamm, Äste, Blätter – mit Innovationen, damit sich diese (weiter)entwickeln können. Deshalb sieht sich die Branche auch als #Lösungsindustrie.

»DIE #LÖSUNGSINDUSTRIE CHEMIE UND PHARMA STEHT VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN.«

Neben dem volkswirtschaftlichen Beitrag und der stetigen Herausforderung, Innovationen für nachhaltige Entwicklung zu generieren, steht die Chemie- und Pharmabranche hierzulande aber selbst vor großen Herausforderungen. Denn die anstehenden Transformationen hin zu Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft muss auch die Branche für sich selbst meistern. Das bedeutet u.a., klimaneutrale Produktion auf Basis von erneuerbaren Energiequellen aufzubauen und völlig neue Prozesse zu entwickeln. Und das Ganze muss, um Verlagerungseffekte in Regionen mit weniger ambitionierten Klima- und Umweltschutzvorgaben zu verhindern, im internationalen Wettbewerb gelingen. Um hierfür ein fruchtbares Umfeld zu schaffen, bedarf es dringend der richtigen Rahmenbedingungen, die in weiten Teilen leider nicht im Ansatz zu erkennen sind oder durch dirigistische Interventionen eher verschlechtert werden.

Ein besonders relevanter Baustein ist hierbei die Energiepolitik – hier fehlen weiterhin Antworten auf die zentrale Frage: Woher und in welcher Form kommt grüne Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen nach Deutschland? Für energieintensive Branchen wie die Chemie ist diese Frage essentiell – weder der Green Deal der EU noch nationale Klimaschutzbestrebungen geben hier belastbare Antworten; vielmehr setzen sie nur immer schärfere Zielvorgaben. Und das Ambitionsniveau wird auch in anderen Bereichen immer weiter nach oben geschraubt, wie z.B. in der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, die in der jetzigen Form die Zahl verfügbarer Chemikalien in der EU (und deren Anwendungen) drastisch verringern könnte und diese dem europäischen „Industrie-Wertschöpfungsbaum“ damit entzieht. Und trotz der munteren Verschärfung von Zielvorgaben fehlen derzeit jegliche Impulse, die eine beschleunigte Umsetzung möglich machen. So ist nicht in Sicht, dass die viel zu langsamen Planungs- und Genehmigungsprozesse von Industrieanlagen und Infrastrukturvorhaben signifikant beschleunigt werden – obwohl die Zeit ja drängt. Stattdessen reihen sich weitere bürokratische Vorhaben mit exponentiellem Erfüllungsaufwand aneinander – vom EU-Null-Schadstoff-Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden über Sustainable Finance bis hin zum Lieferkettengesetz, um nur einige Beispiele zu nennen.

» TRANSFORMATION ODER TRANSLATION – INDUSTRIEPOLITIK ENTSCHEIDET, OB NACHHALTIGKEIT GELINGT.«

Mit Blick auf die kommenden Jahre stehen wir daher vor einer entscheidenden Weggabelung. Gelingt es nicht, vom Pfad einer staatlichen Regulierungswut hin zu einer Ermöglichungskultur zurückzufinden, laufen wir Gefahr, keine ökologische Transformation zu bestreiten, sondern eine Translation von Industrieproduktion aus Deutschland und der EU heraus zu befördern. Und das mit weitreichenden Folgen für industrielle Wertschöpfung. Um im Bild zu bleiben: Ganze Äste des Baumes könnten absterben, wenn Teile der Wurzel rausgerissen werden. Deshalb braucht es eine Renaissance der Industriepolitik, die den nötigen Rahmen und Leitplanken für die technologieneutrale und marktgetriebene Entwicklung von nachhaltigen Innovationen und eine erfolgreiche heimische Industrieproduktion gewährleistet – die folgenden Kapitel greifen hierfür einige Impulse auf. Denn Chemie und Pharma möchten auch in Zukunft als #Lösungsindustrie ihren Beitrag leisten, um die gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern – man muss sie aber auch lassen!

Wirtschaftliche Lage

Das Ende der Pandemie ist greifbar nah!



Die Zeichen stehen auf Erholung!

Wirtschaftliche Lage

Deutschlands Industrie war schon vor der Corona-Krise in einer Rezession. 2020 gab es einen schweren Konjunktureinbruch, ausgelöst durch die Effekte der COVID-19-Pandemie, vor allem aber durch die Maßnahmen, die zur Pandemieeindämmung getroffen wurden.

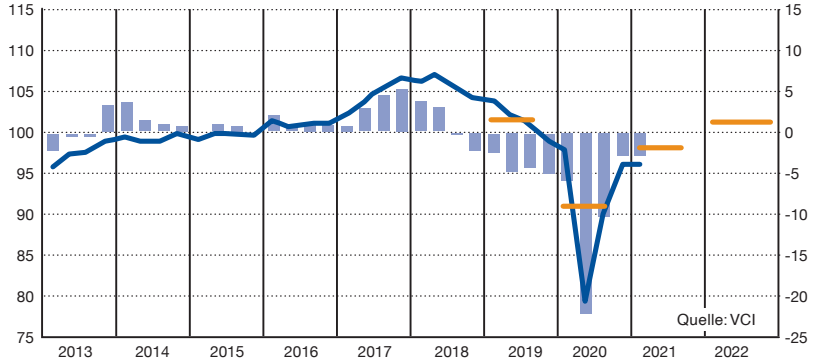
Aktuell ist das Infektionsgeschehen weltweit weitgehend unter Kontrolle und das Ende der Pandemie ist in Sicht. Die globale Industrie- und auch Chemieproduktion ist wieder auf Erholungskurs und liegt im Q1/2021 schon wieder über dem Wert von 2019. Das globale Bruttoinlandsprodukt ist wieder annähernd auf dem Niveau von 2019.

»DAS ENDE DER PANDEMIE IST IN SICHT.«

Aber Europa fällt im Vergleich zurück. Während die Wirtschaftsleistung Chinas (BIP) im Q1/2021 bereits sehr deutlich über dem Niveau von 2019 rangiert, liegt Europa noch etwas und Deutschland sogar mehr als 5 Prozent unter dem Niveau von 2019.

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Deutschland

Index, 2015 = 100; Veränderung gg. Vorjahr in Prozent



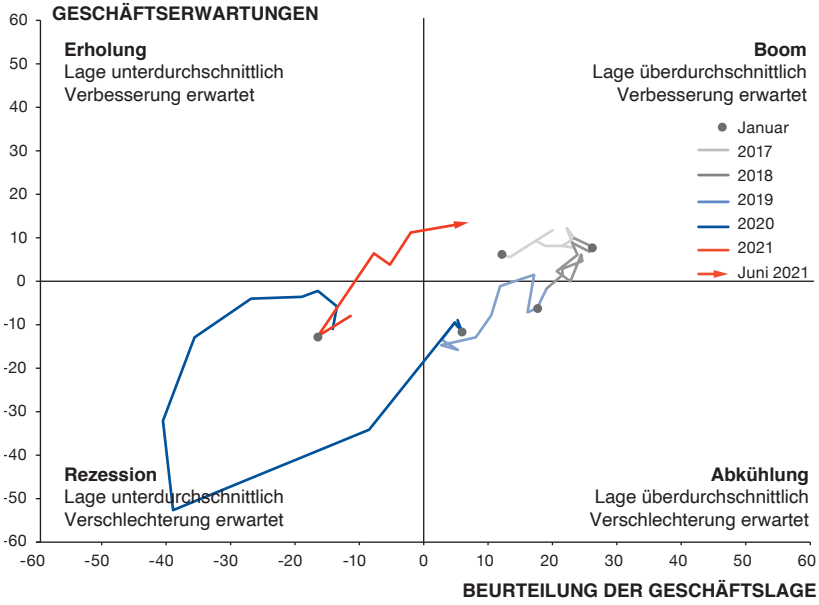
Insbesondere das erste Quartal 2021 bedeutete nochmals einen Dämpfer für die Erholung nach dem dramatischen Einbruch in 2020 – der für andere Branchen wie Gastronomie oder Kultur sehr viel dramatischer war.

Nachdem in der Krise 2020 für die meisten Unternehmen unserer Branche vor allem die fehlende Nachfrage zu teils massiven Einbußen geführt hat, machen sich in der aktuellen Lage eher Rochstoff- bzw. Lieferkettenprobleme bemerkbar. So sind nach wie vor einige Rohstoffe schwer zu beschaffen, Logistikkapazitäten sind knapp und es fehlt an Verpackungsmaterial. Diese Engpässe lassen die Kosten steigen und bremsen die Produktion.

Trotz der teils noch schwierigen Situation stehen die Zeichen klar auf Erholung und die Chemie ist positiv in das Jahr 2021 gestartet – insbesondere die Pharmaproduktion. In der ifo-Konjunkturuhr (gesamte Industrie) ist die Bewegung vom Krisenquadranten in den Erholungsquadranten und von dort in Richtung Normalisierung klar erkennbar.

ifo Konjunkturuhr Deutschland*

Salden, saisonbereinigt



* Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2021

© ifo Institut

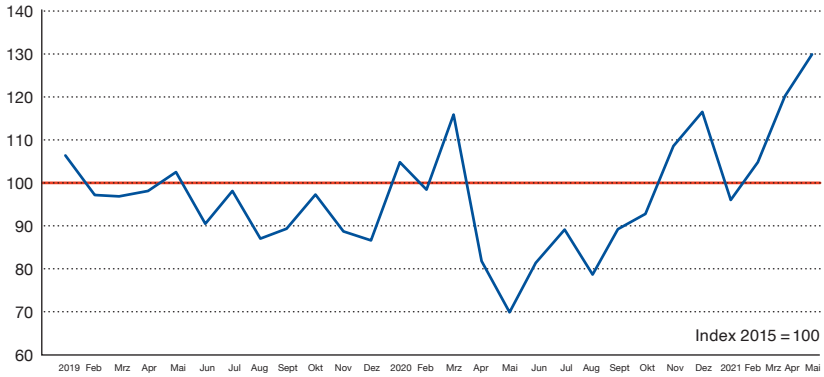
Diese Analyse für Deutschland gilt gleichermaßen für Bayern. Der Auftragseingang der Chemie (ohne Pharma) zeigt auch hier die Rezession bis Anfang 2020,

dann ein gutes erstes Quartal 2020, gefolgt vom tiefen Einbruch und einer Erholung bis ins erste Quartal 2021.

»DIE ZEICHEN STEHEN AUF ERHOLUNG.«

Der Pharmateil unserer Branche steigt im gleichen Zeitraum kontinuierlich an. Wegen der beschriebenen Lieferkettenprobleme macht sich dieser Anstieg in den Umsätzen nicht so deutlich bemerkbar. Und selbstverständlich ist das der Blick aufs Ganze. Gerade in der Krise haben die Sparten teils sehr unterschiedliche Entwicklungen durchlaufen und auch die Betroffenheit bei den Lieferkettenschwierigkeiten ist unterschiedlich stark ausgeprägt.
Eine kurzfristige Auflösung der Materialengpässe und Logistikprobleme ist nicht in Sicht. Dennoch geht der VCI von einer allmählichen Entspannung aus. Bei gleichzeitiger Erholung der Gesamtwirtschaft und damit der Nachfrage

Index des Auftragseingangs chemische Industrie Bayern 2019 – April 2021



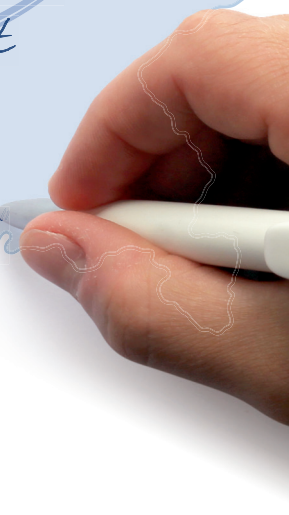
nach Industriewaren dürfte sich die wirtschaftliche Belebung der industriellen Kunden der Chemie fortsetzen. Die Dynamik wird aber verhalten sein. Dementsprechend dürfte sich auch im Chemiegeschäft die Dynamik abschwächen. Nach dem kräftigen ersten Quartal rechnet der VCI nun für das Gesamtjahr 2021 mit einem Plus der Produktion von 4,5 Prozent. Bei anziehenden Preisen (+3,5 Prozent) steigt der Branchenumsatz so um 8 Prozent auf rund 206 Milliarden Euro in Deutschland.

Tarifpolitik

"Quo vadis Chemie?"



"Gute Tarifpolitik darf nicht zu immer mehr Komplexität und Umsetzungsaufwand führen, der die Unternehmen überfordert!"



Tarifpolitik

Eine funktionierende, konstruktive und belastbare Sozialpartnerschaft, von der beide Seiten profitieren, ist ein hohes Gut, das es zu bewahren und zu entwickeln gilt. Dies trifft in gleichem Maße auch für die Tarifbindung und einen flexiblen Flächentarifvertrag zu, in dessen Geleitzug sich die Mitgliedsunternehmen – große und kleine, starke und schwache – mit ihren unterschiedlichen Herausforderungen gut aufgehoben fühlen.

»EINE FUNKTIONIERENDE SOZIALPARTNERSCHAFT, TARIFBINDUNG UND EIN FLEXIBLER FLÄCHENTARIFVERTRAG SIND EIN HOHES GUT!«

Was aber, wenn sich – über alle Branchen hinweg – die Anzeichen mehren, dass hier womöglich etwas „aus dem Ruder“ läuft? Wenn sich zunehmend eine Seite – oder zumindest ein wesentlicher Teil davon – nicht mehr mitgenommen, sondern eher abgehängt fühlt? Wenn ohne drängenden Bedarf immer mehr qualitative Elemente und die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben Einzug in Tarifverträge halten, die im Ergebnis die Unternehmen vor allem zusätzlich belasten? Wenn nicht mehr Mindestbedingungen, sondern Maximalforderungen, die dann unternehmensspezifisch angepasst werden müssen – soweit dies überhaupt möglich ist –, die tarifliche Grundlage bilden? Wenn sich Unternehmen durch eine nicht zuletzt dadurch bedingte Vielzahl immer komplexerer Regelungen mit entsprechendem Umsetzungsaufwand zunehmend überfordert fühlen? Wenn die Vorteile der Flexibilität zunehmend durch den dadurch verursachten Umsetzungs- und Kostenaufwand überkompensiert werden? Wenn die Gefahr besteht, dass durch die Kostenbelastung, die sich immer weniger am Produktivitätsfortschritt und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientiert, nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die anstehenden großen Herausforderungen zu meistern und notwendige Zukunftsinvestitionen zu stemmen?

»WAS IST ZU TUN, WENN DIESES HOHE GUT GEFÄHRDET IST?«

Dann wird es höchste Zeit zu prüfen, ob sich die Sozialpartner noch auf dem richtigen Weg befinden und ob sie die drohenden Folgen für beide Seiten, insbesondere für den Flächentarifvertrag und die Tarifbindung, die ja gefördert und entwickelt werden sollen, noch ausreichend im Blick haben. Und

dazu gehört auch die Frage, ob beide Seiten noch das gleiche Verständnis von „Fläche“ (große/kleine/starke/schwache Unternehmen) haben.

Innovative Tarifpolitik darf sich auch nicht in erster Linie als Zentrum der „Grundlagenforschung“ für alle Herausforderungen der Arbeitswelt und jeglicher gesellschaftlicher Strömungen verstehen, sondern sie muss vor allem dort bedarfsorientierter Lösungsanbieter für die Mitgliedsunternehmen sein, wo tarifliche Regelungen sinnvoll sind und einen Mehrwert liefern. Dabei erfüllen Regelungen, die zwar „neu“ sind, aber dabei beliebig komplex und mit hohem Umsetzungsaufwand am tatsächlichen Bedarf vorbeigehen, den Begriff „innovativ“ sicher nicht. Und der immer wieder gehörte Satz „Egal wofür – Hauptsache die Gesamtbelastung stimmt“ ignoriert nicht nur den Bedarf der Unternehmen, er unterschätzt auch den operativen Umsetzungsaufwand und die damit verbundenen Kosten gerade bei klein- und mittelständischen Unternehmen und untergräbt so letztlich auch grundsätzlich die Akzeptanz für tarifliche Regelungen.

»TARIFPOLITIK MUSS BEDARFSORIENTIERTE LÖSUNGEN ANBIETEN, DIE EINEN MEHRWERT LIEFERN.«

Unsere Unternehmen stehen auch nach der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, die noch längst nicht abgeschlossen ist, vor immensen Herausforderungen. Zu den größten Anstrengungen gehört dabei sicher das Erreichen der immer ambitionierteren Klimaziele und die damit einhergehenden strukturellen Veränderungen wie z.B. der Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft. Darüber hinaus sehen wir bereits heute grundlegende Veränderungen der Produktionsverfahren und Arbeitsprozesse durch eine fortschreitende Digitalisierung, Automatisierung und den Einsatz von künstlicher Intelligenz, um im internationalen Standortwettbewerb den Anschluss nicht zu verlieren. Und für die dafür nötigen Investitionen müssen die Mittel auch zur Verfügung stehen.

Hinzu kommt ein ständig wachsender partieller Fachkräftemangel, insbesondere im Bereich IT, aber auch in der Produktion, bei gleichzeitigem, strukturellem Personalüberhang, der nicht allein durch Qualifizierungsmaßnahmen zu bewältigen sein wird.

Natürlich kann Tarifpolitik diese Probleme nicht alleine lösen. Dennoch muss man offenbar immer wieder an die Binsenweisheit erinnern, dass Unterneh-

men jeden Euro nur einmal ausgeben können und man auch nur ausgeben kann, was man vorher erwirtschaftet hat. Und was den Unternehmen an Investitionsmitteln für die Zukunfts- und Standortsicherung fehlt, wird langfristig auch Arbeitsplätze im Inland in Gefahr bringen. Und ob jede gesellschaftliche Entwicklung, die mittlerweile Eingang in die Tarifpolitik findet und dabei die aufgezeigten Probleme eher noch verstärkt, der Weisheit letzter Schluss ist, darf hier auch bezweifelt werden. Das Gebot der Stunde ist eine Tarifpolitik, die die Herausforderungen ernst nimmt und die Unternehmen in ihrem Bemühen unterstützt, in ihre Zukunftsfähigkeit zu investieren und dadurch nicht zuletzt auch international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Dabei stehen Planungssicherheit und Kostenflexibilität durch bedarfsgerechte, situative Kostenentlastungsmöglichkeiten an erster Stelle.

»NOTWENDIGE FLEXIBILITÄT DARF NICHT ZU IMMER MEHR KOMPLEXITÄT UND UMSETZUNGSAUFWAND FÜHREN, DER DIE UNTERNEHMEN ÜBERFORDERT.«

Statt ständig steigender Komplexität brauchen die Unternehmen hier möglichst einfache, klare und bedarfsgerechte Lösungen, die schnell und unbürokratisch umgesetzt werden können und Regelungskonflikte nicht als die Fortsetzung von Tarifverhandlungen in die Betriebe tragen. Und manchmal ist es vielleicht auch klüger, auf eine tarifliche Regelung zu verzichten, weil die Unternehmen bestimmte Fragen bedarfsgerechter einfach selbst besser regeln können.

Die Chemiesozialpartner waren in der Vergangenheit bei vielen Fragen auf dem richtigen Weg. Bereits sehr früh hat unsere Branche erkannt, wie wichtig gerade Kostenflexibilisierung in volatilen Zeiten im internationalen Wettbewerb ist. Um diese wirklich innovativen tariflichen Regelungen beneiden uns andere Branchen bis heute und versuchen, Vergleichbares umzusetzen. Die Frage ist nur: Sind wir aktuell noch immer auf diesem Weg, der letztendlich beiden Seiten bis heute zum Vorteil gereicht oder haben wir uns in wichtigen Bereichen Schritt für Schritt bereits davon verabschiedet? Welche Auswirkungen auf den Flächentarifvertrag und die Tarifbindung eine nachhaltige Abkehr von diesem Verständnis von Tarifpolitik haben kann, ist in anderen Branchen zu besichtigen.

Die Frage ist also, ob wir uns dieser Entwicklung und deren Folgen bewusst sind und welchen Weg wir für unsere Branche gehen wollen. Eine von vielen Fragen, auf die wir gemeinsam die richtigen Antworten finden müssen.

Sozialpolitik

Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen – für die Arbeitswelt der Zukunft fit machen!

Es bedarf hierzu agiler Arbeitswelten und seitens der Politik struktureller Reformen.



„Weichen jetzt richtig stellen – Modernisieren statt regulieren!“

Aufwärts nach Corona

Beginnen wir mit den guten Nachrichten. Die Zahl der Neuinfektionen sinkt derzeit laufend und immer mehr Menschen sind geimpft. Mit Blick auf die kommenden Monate hoffen wir nun also alle, dass der Impfzug weiter Fahrt aufnimmt und wieder Normalität in den Arbeitsalltag einkehrt.

Die vergangenen 15 Monate waren geprägt von Inzidenzzahlen, Verfügbarkeit von FFP2-Masken, Umsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen in den Betrieben nach den sich stetig, ja zum Teil täglich, ändernden Vorgaben von SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard, SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel und SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung. Auch die bundesweit uneinheitlichen Landesregelungen zu Einreise, Quarantäne, Homeoffice und Infektionsschutz haben den Einsatz der Arbeitnehmer nicht gerade vereinfacht. In den Personalabteilungen mussten zusätzlich die Herausforderungen zu Kurzarbeit, Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz und den wöchentlichen Testangeboten gemeistert werden. Zu großen Teilen war auch die Verärgerung über die sich abzeichnenden Tendenzen wie z.B. „Bürokratie vor Pragmatismus“ und „Datenschutz vor Gesundheitsschutz“ deutlich zu spüren.

In diesen Monaten hat sich aber auch gezeigt, dass eine starke Verbandsarbeit über VBCI, vbw, BAVC und BDA unerlässlich ist, um auf politische Fehlentscheidungen korrigierend einzuwirken, um zusätzliche Belastungen zu vermeiden und gleichzeitig auch die Politik in der Bewältigung der Pandemie zu unterstützen.

»WWW.WIRTSCHAFTTESTETGEGENCORONA.DE«

Beim Testen haben sich die Unternehmen der Chemie- und Pharmaindustrie umgehend ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gestellt und im März das Testangebot für ihre Beschäftigten auf freiwilliger Basis vervielfacht. Auch bieten unsere Unternehmen beim Impfen umfangreiche Unterstützung an und zeigen damit ihre Bereitschaft, durch ihre werksärztlichen Strukturen die nationale Impfstrategie zu beschleunigen. Mit diesem Beitrag geben sie einen zusätzlichen Schub für eine rasche Immunisierung unserer Gesellschaft.

»IMPFEN IST WIRTSCHAFTSPOLITIK. «

Auch konnten zwischenzeitlich durch intensiven Einsatz der Verbände wichtige Fragen zu Haftung und der Finanzierung durch Anpassung der Coronaimpfverordnung geklärt werden. Vorausgesetzt, die Impfbereitschaft der Beschäftigten hält weiter an, steht einer schnellen Immunisierung der Belegschaften und damit auch der Gesellschaft nichts mehr im Wege.

»DIE BETRIEBE LEISTEN EINEN GROSSEN BEITRAG ZUR KRISENBEWÄLTIGUNG!«

Allerdings darf der Staat seine Verantwortung in der Zeit bis zur flächendeckenden Immunisierung nicht immer weiter auf Unternehmen abwälzen, um so von eigenen Fehlern abzulenken. Die Vermischung von allgemeinem Infektionsschutz als staatlicher Aufgabe und Arbeitsschutz als Arbeitgeber-Aufgabe bleibt problematisch.

Was ist nach Corona zu tun?
Bereits vor der Pandemie standen die Unternehmen vor großen Herausforderungen. Die sind nicht verschwunden. Die digitale und ökologische Transformation, der demografische Wandel, die neue Arbeitswelt, die Zukunft der Sozialpartnerschaft, die Chancen der Digitalisierung, die Sicherung der Sozialsysteme, die Fachkräftesicherung und der zunehmende internationale Wettbewerb sind nur einige der Megatrends, die mutige und nachhaltige politische Antworten in Deutschland und Europa verlangen. Die Aufgaben für die neue Bundesregierung werden vielfältig sein. Hierzu ist in Zukunft ein stärkeres, wirtschaftlich geprägtes Moment unerlässlich. Soziale Marktwirtschaft darf keine Leerstelle und nicht bloß eine Floskel sein. Sie bedarf einer klugen Politik, die die Weichen auf Wettbewerbsfähigkeit stellt.

»NUR ÜBER WACHSTUM WERDEN WIR DIE FOLGEN DER PANDEMIE AUSGLEICHEN.«

Es braucht nicht nur agile Arbeitswelten, sondern auch eine agile Bundesregierung, die strukturelle Reformen in Angriff nimmt und Aufbruchstimmung schafft. Unternehmerische Freiheit und die Wertschätzung

guter Tarifpartnerschaft sollten dabei im Zentrum stehen. Weiter sehen wir insbesondere in den folgenden Punkten Handlungsbedarf:

Arbeitsrecht der neuen Arbeitswelt anpassen
Unternehmen benötigen einen modernen und flexiblen arbeitsrechtlichen Rahmen. Das geltende Arbeitsrecht ist im Wesentlichen noch auf den klassischen Industriearbeitsplatz des letzten Jahrhunderts ausgerichtet. Im Zuge der Pandemie wurden einzelne arbeitsrechtliche Regelungen zeitweise pragmatisch geöffnet und flexibilisiert. Wo mobiles Arbeiten möglich und sinnvoll ist, haben Arbeitgeber und Beschäftigte Lösungen gefunden – auch ohne pauschale gesetzliche Regelung.

Dies gilt auch für die Arbeitszeit. Die EU-Arbeitszeitrichtlinie ermöglicht es, die rechtlich zulässige Höchstarbeitszeit nicht auf den Tag, sondern auf die Woche zu beziehen. Das muss endlich auch in deutsches Recht umgesetzt werden. Dabei geht es nicht darum, die Arbeitszeit auszuweiten, sondern sie im Wochenverlauf variabel und nach individuellen Bedürfnissen gestalten zu können. Die Beschäftigten hätten dadurch mehr Spielräume in der Gestaltung ihres Arbeitsalltags und könnten so z.B. Familie und Beruf besser vereinbaren.

»ZEIT FÜR EINE NEUE ARBEITSZEIT.«

Auch die Regelung zur elfstündigen Ruhezeit geht an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Wer sich den Nachmittag für Familienzeit freinimmt und deshalb um 23 Uhr noch E-Mails beantwortet, darf am nächsten Tag frühestens ab 10 Uhr wieder die Arbeit aufnehmen. Daher sieht die Arbeitszeitrichtlinie der EU eine Öffnungsklausel für Tarifverträge vor, die der deutsche Gesetzgeber bis heute nicht vollständig umgesetzt hat. Das muss endlich nachgeholt werden.

Befristete Arbeitsverträge bieten Arbeitssuchenden einen erfolgreichen Weg für den Erst- oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Das gilt besonders nach langer Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig ermöglichen Befristungen Unternehmen, Beschäftigung flexibel auszubauen oder zu halten. Eine schwankende Auftragslage und unsichere Zukunftsaussichten sind nach geltendem Recht aber keine ausreichende Begründung für befristete Arbeitsverträge.

Daher ist die kalendermäßige Befristung von großer Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt und muss gestärkt werden. Dafür sollte eine erneute Einstellung eines Arbeitnehmers nach Ablauf von drei Jahren ermöglicht werden und die Tarifvertragsparteien sollten weitere Gestaltungsoptionen bei der Nutzung dieses Beschäftigungsinstruments erhalten. Die derzeitigen Vorstellungen des Arbeitsministeriums, die eine Begrenzung und Einschränkung der sachgrundlosen Befristung vorsehen, sind deshalb nicht zielführend.

»BEFRISTUNGEN SIND EIN BESTANDTEIL DES DEUTSCHEN ARBEITSMARKTS.«

In der Zusammenarbeit mit dem **Betriebsrat** macht die zunehmende Beschleunigung von Betriebsabläufen durch die Digitalisierung auch eine Beschleunigung der Mitbestimmungsverfahren notwendig. Die befristete Einführung virtueller Betriebsratsarbeit hat sich in der Corona-Krise bewährt. Dies muss auch nach der Pandemie dauerhaft möglich bleiben. Zudem ist die Möglichkeit virtueller Betriebsratswahlen einzuführen.

»CHANCEN DER DIGITALISIERUNG FÜR BETRIEBSRATSARBEIT NUTZEN.«

Durch solche Modernisierungsschritte würde sichergestellt, dass auch die Betriebsverfassung mit der fortschreitenden Digitalisierung Schritt hält. Kontraproduktiv hierzu ist das in Endzeitstimmung der noch bestehenden Koalition auf den Weg gebrachte „Betriebsrätemodernisierungsgesetz". Statt modernisiert wird reguliert. So wird ein neues Mitbestimmungsrecht bei Ausgestaltung mobiler Arbeit eingeführt und die Hinzuziehung eines Sachverständigen wird bei der Einführung von künstlicher Intelligenz als erforderlich vermutet. Neue Bürokratie und vor allem neue Kostenbelastungen werden hierdurch für die Betriebe entstehen. Der wirkliche Modernisierungsbedarf der Betriebsverfassung wird in diesem Gesetz an keiner Stelle nachhaltig berücksichtigt oder gar umgesetzt.

Für die Arbeitswelt der Zukunft fit machen

Die Arbeitslosigkeit ist während der Pandemie wieder deutlich angestiegen. Gleichzeitig haben Strukturwandel und digitale Transformation erhebliche Auswirkungen auf Beschäftigung. Berufe ändern sich stark, manche Arbeitsplätze gehen gänzlich verloren, neue entstehen an anderer Stelle. Dass diese neuen

Jobs bei uns in Deutschland geschaffen werden, ist allerdings keine Selbstverständlichkeit. Rahmenbedingungen wie Flexibilität des Arbeitsmarktes, Belastungen und Regulierungen für Unternehmen sowie das Qualifikationsniveau der Beschäftigten spielen eine Rolle. Mit dem „***Future Skills Report Chemie***" haben sich deshalb die Chemie-Sozialpartner im Rahmen der Qualifizierungsoffensive im Jahr 2020 aufgemacht, um Antworten auf die vielen Fragen rund um die Skills der Zukunft zu finden. Deutlich wird auch, dass lebenslanges Lernen zunehmend zum Pflichtbestandteil einer jeden Erwerbsbiografie wird.

»BILDUNG IST DER BAUSTOFF UNSERER ZUKUNFT.«

Die berufliche Weiterbildung sollte deshalb gerade im Vergleich zur beruflichen Erstausbildung einen höheren Stellenwert erhalten. Vor allem Beschäftigte, die sich mit Blick auf den Wandel noch einmal ganz neu orientieren müssen, brauchen zielgenaue Unterstützung. Gleichzeitig müssen Unternehmen die notwendigen Fachkräfte für die anstehenden Aufgaben finden.

Die Fachkräftelücke im sog. MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ist auch in der Corona-Krise nicht kleiner geworden. Der MINT-Frühjahrsreport zeigt auf, dass die MINT-Lücke wieder auf 145.100 angestiegen ist. Strukturelle Effekte durch Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie werden aber den Bedarf in den kommenden Jahren stark erhöhen. Es braucht also einen MINT-Aktionsplan 2.0, der beginnend bei der frühkindlichen Bildung die Neugierde und das Interesse an mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Zusammenhängen sowie Fragestellungen, insbesondere auch im Hinblick auf digitale Anwendungen, stärkt.

»DER STAAT IST DANN SOZIAL, WENN JEDER AUF EIGENEN FÜSSEN STEHEN KANN.«

Sozialsysteme sind nachhaltig zu finanzieren

Ein starker Sozialstaat ist eine tragende Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland. Während der Pandemie konnten die Sozialsysteme – insbesondere die Kurzarbeit – viele Krisenfolgen abfedern. Allerdings haben bereits vor der Krise Leistungsausweitungen zu einer erheblichen Steigerung der Ausgaben geführt.

Dies verschärft die ohnehin enormen demografischen Herausforderungen, denen sich das Sozialversicherungssystem stellen muss. Der bevorstehende Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge wird das Verhältnis zwischen Rentenbeziehenden und Beitragszahlenden fundamental verschieben. Gleichzeitig wird die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft, auch in der Kranken- und Pflegeversicherung, zu einem erheblichen Kostenanstieg führen. Ohne die notwendigen Reformen droht der Gesamtsozialversicherungsbeitrag, von heute 40 auf rund 50 Prozent bis 2040 anzusteigen.

»DER SOZIALSTAAT IST KEINE WÜNSCH-DIR-WAS-VERANSTALTUNG.«

Die Sozialsysteme zukunftsfähig zu gestalten und nachhaltig zu finanzieren, ist damit eine der dringendsten politischen Aufgaben. Ziel muss sein, die Beitragssatzsumme dauerhaft bei unter 40 Prozent zu stabilisieren. Damit das gelingt, müssen die notwendigen Reformen schnellstmöglich angegangen werden. Unser Sozialstaat ist eine Erfolgsgeschichte, aber er muss finanzierbar bleiben.

Die Digitalisierung vorantreiben

In den letzten Monaten wurde offensichtlich, welche Konsequenzen die digitale Rückständigkeit der öffentlichen Verwaltung hat. Die Beantragung von Unterstützungs- und Entschädigungsleistungen für Unternehmen war häufig unnötig kompliziert und langsam. Nutzerfreundliche und durchgängig digitale Verwaltungsleistungen sind essenziell für das effiziente Funktionieren der gesamten Wirtschaft.

Dabei ist die Wirtschaft der öffentlichen Verwaltung in Sachen Digitalisierung inzwischen deutlich voraus. Dies zeigt sich insbesondere an den Beispielen Homeoffice und digitale Wissensvermittlung, die ohne die digitale Infrastruktur in den Unternehmen nicht erfolgreich hätten umgesetzt werden können. Deutschland muss endlich einfacher werden. Die Politik sollte bei der Digitalisierung der Verwaltung deshalb das gemeinsame System aus Unternehmen und Verwaltung als Ganzes im Blick behalten. Dafür braucht es einen Digitalisierungs-Check, mit dem geprüft wird, ob die Umsetzung von Abläufen unkompliziert digitalisiert werden kann, und der sicherstellt, dass der notwendige finanzielle wie organisatorisch-technische Umsetzungsaufwand der Unternehmen und Behörden ausreichend berücksichtigt wird. Gleichzeitig ist

der Bürokratieabbau weiter fortzusetzen, um die Unternehmen im wirtschaftlichen Neustart zu entlasten. So hat die One-in-one-out-Regelung, nach der neue Belastungen durch Vorhaben des Bundes nur in dem Maße eingeführt werden dürfen, wie bisherige Belastungen abgebaut werden, zumindest die weitere Zunahme bürokratischer Belastungen verhindert.

»DIGITALISIERUNG IST DAS THEMA DER ZUKUNFT.«

Weichen stellen für eine erfolgreiche Zukunft
Die Pandemie hat gezeigt, dass wir Krisen meistern können. Dass unser Gesundheitssystem stark ist. Dass unser Sozialsystem die erforderliche Unterstützung gewährt. Dass gerade unsere Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie mit ihren Beschäftigten herausragende Innovationen hervorbringen.

Hilfreich ist auch nicht der politische Ansatz, die soziale Welt von morgen zu beschreiben und wie wir leben sollen, ohne zu sagen, wovon wir leben sollen. Um gemeinsam voranzukommen, brauchen wir wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland, brauchen wir nachhaltiges Wachstum. Hierfür sind die richtigen Weichenstellungen von Nöten. Die kommenden Jahre sollten Jahre der Modernisierung und nicht der Bürokratisierung werden. Damit die Unternehmen wieder durchstarten können, brauchen sie Spielraum für Innovation und erfolgreiches unternehmerisches Handeln. Statt neuer Bürokratie bedarf es mehr Investitionen in die digitalen Strukturen.

»WIRTSCHAFT IST NICHT DAS PROBLEM, SONDERN TEIL DER LÖSUNG.«

Dafür muss die Politik den richtigen Rahmen setzen: ein funktionierendes Staatswesen, solide Sozialversicherungen und generationengerechte Haushalte. Denn Wirtschaft sind wir alle: Beschäftigte, Unternehmer, Gewerkschaften, Auszubildende, Schüler, Politik – die gesamte Gesellschaft. Wir alle sitzen in demselben Boot, das erfolgreich zu neuen Ufern aufbrechen will.

Industriepolitik

Kluge Industriepolitik muss nachhaltige Entwicklung ohne Deindustrialisierung und Wohlstandsverluste möglich machen!



Ansonsten droht der Vorbildcharakter zum Mahnmal zu werden – wir sind also zum Erfolg verdammt!

Industriepolitik

Klimaschutz ist ein übergeordnetes Ziel. Die chemische Industrie bekennt sich zum Klimaschutz – er ist ohne die Chemie auch nicht erreichbar (siehe Kapitel Lösungsindustrie). Gerade deswegen müssen Klimaschutzmaßnahmen und Industriepolitik gut aufeinander abgestimmt sein. Einerseits braucht der Klimaschutz die Produkte der Chemieindustrie und andererseits können Investitionen in CO_2-arme Prozesse auch nur von Unternehmen gestemmt werden, die profitabel genug sind und sich mit der Investition auch einen wirtschaftlichen Erfolg versprechen dürfen. Deswegen kommt der Wirtschaftspolitik eine doppelt wichtige Rolle zu.

Woher kommt unser Wohlstand?
Der hohe Wert einer erfolgreichen und prosperierenden Industrie lässt sich schon an der Bezeichnung „Industrieland" ablesen. So beschreibt dies unzweifehaft diejenigen Länder, die durch ihre Wirtschaftskraft ihren Bürgerinnen und Bürgern einen besonders hohen Lebensstandard bieten können – mitsamt eines Sozialstaates, um Grundbedürfnisse abzusichern, moderner Gesundheitsversorgung für alle, hohen Bildungsstandards, Chancen- und Leistungsgerechtigeit und vielen Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Teilhabe. Der Industrie kommt hierbei in einem „Industrieland" – wie der Name schon sagt – eine wesentliche Bedeutung zu. Die Industrie ist in der Tat Quelle, Ursache und Garant des Wohlstands in einer Volkswirtschaft. Denn nur in der Industrie[1)] sind – anders als in den meisten Dienstleistungsbranchen – über die Zeit erhebliche Produktivitätsgewinne möglich. Die Produktivitätsgewinne wiederum sorgen für ein höheres Lohn-/Gehaltsniveau in der ganzen Volkswirtschaft und für Wachstum und begründen so den „Reichtum" eines Landes oder einer Volkswirtschaft.

»DAS WORT „INDUSTRIELAND" TRÄGT DIE URSACHE FÜR DEN WOHLSTAND IN INDUSTRIELÄNDERN IM NAMEN!«

Ein Verzicht auf Teile der Industrie, ein Schrumpfen der Wirtschaft und Verzicht auf Wachstum ist der falsche Weg. Denn das Ziel Klimaschutz wird damit unerreichbar, soziale und politische Verwerfungen wären absehbar. Wohlstandsverluste nähme auch hierzulande keiner freiwillig hin. Eine Verbotskultur und ein staatlich erzwungener Verzicht wären schließlich auch das

1) Ausnahme IT/Software

Ende einer freiheitlichen Gesellschaft. Der Weg in Richtung Klimaneutralität ist deshalb nur mit der Industrie möglich.

Warum betonen wir das so eindringlich? Weil die derzeitigen politischen Maßnahmen für den Klimaschutz meist mit einer Belastung, einer Benachteiligung im Wettbewerb und mit der Einschränkung unternehmerischer Freiheiten einhergehen – wohl aus Mangel an Konzepten, wie Klimaschutz umgesetzt werden kann.

Was ist das „Ökosystem" eines erfolgreichen Industriestandortes?
Was sind aber nun die Voraussetzungen – was ist das „Ökosystem" –, in dem ein Industriestandort gedeihen kann? Es sind zuvorderst die Rahmenbedingungen, in denen Unternehmen im fairen Wettbewerb um die besten Technologien, Ideen und Lösungen prosperieren können. Hierfür haben sich die „Spielregeln" der sozialen Marktwirtschaft als besonders erfolgreich herausgestellt – als Gegenmodell zu Turbokapitalismus einerseits und Planwirtschaft bzw. Sozialismus andererseits. Der Staat schafft Leitplanken, gute Rahmenbedingungen und Infrastruktur – den Rest erledigen die Kräfte des Marktes. Dort wo Märkte „versagen" (aber nur dort!) greift der Staat mit zusätzlichen Regeln ein – z.B. mit dem Kartellrecht. Preise geben den Marktteilnehmern Signale, wo Bedürfnisse bestehen und wo nicht, Investitionen werden getätigt, weil Chancen auf Gewinne bestehen, wo weitere Bedürfnisse befriedigt werden können. Innovationen sorgen für Verbesserungen – bei den Produkten, beim Umwelt- und Verbraucherschutz, bei den Produktionsfaktoren. Sie werden daher für eine gewisse Zeit vor Nachahmung geschützt, um den Innovatoren genügend Möglichkeiten zu bieten, ihre Investitionen zu amortisieren.

Und so optimiert die „unsichtbare Hand" des Marktes die Wirtschaft, damit das produziert wird, was auch nachgefragt wird; und Besseres verdrängt Schlechteres. Bedürfnisse werden befriedigt (was sehr sozial ist) und zwar sehr viel effizienter, als es in planwirtschatlichen Systemen jemals möglich ist.

»DAS „ÖKOSYSTEM" DES DEUTSCHEN INDUSTRIESTANDORTS STEHT VOR MEHREREN KIPPPUNKTEN.«

In diesem „Ökosystem" konnten sich nach dem Schrecken der Weltkriege seit Mitte des letzten Jahrhunderts intakte Wertschöpfungsketten mit einer vitalen Mischung aus großen Global Playern und einem erfolgreichen Mittel-

stand, der häufig auch sehr global aufgestellt ist, ausbilden. Durch eine weitsichtige Energiepolitik konnte sich Bayern vom reinen Agrarstaat zu einem führenden Industriestandort in Europa entwickeln.

Dieses „Ökosystem“ steht mit Blick auf die anstehende Transformation hin zu Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft vor einer in der Dimension bisher unbekannten Herausforderung mit nie dagewesenem Disruptionspotential, weil gleichzeitig an vielen Stellen die Rahmenbedingungen und Paradigmen teils massiv und teils sehr schnell geändert werden. Und weil diese Änderungen auch ganz elementare Wirtschaftsfaktoren, wie Energie, Finanzierung, Planungssicherheit, massiv betreffen. Gleichzeitig haben viele – außereuropäische – Konkurrenten all dies nicht oder nur in deutlich geringerem Maße zu meistern. Die unsichtbare Hand des Marktes ist aber eine globale. Investitionen und Wachstum lenkt sie dorthin, wohin die Preissignale sie lenken.

Und so gibt es zentrale „**Kippelemente**“, die in den kommenden Jahren darüber entscheiden, ob das „Ökosystem“ des hiesigen Industriestandorts in dieser Form bestehen kann oder ob es eben „kippt“ – mit allen Konsequenzen:

1. Kippelement: Energiepreise und Energieverfügbarkeit
Schon 2019 hat der VCI in einer Studie beleuchtet, ob die chemische Industrie klimaneutral werden kann. Die Antwort lautet: Ja, sie kann! Wir fügen hinzu: Sie will auch! Allein, es gibt Randbedingungen, die erfüllt sein müssen, damit es klappen kann. Im Kern ist es die Verfügbarkeit von CO_2-frei bereitgestellten Energieträgern – ob Strom oder Wasserstoff – zu einem kWh-Preis von maximal 4 ct. Die Dimension des Energiebedarfs ist allerdings gewaltig: Über 600 TWh nur für die chemische Industrie. Das entspricht in etwa der elektrischen Energie, die ganz Deutschland derzeit benötigt.

» KLIMAPOLITIK MUSS DREI FRAGEN ZU CO_2-FREIER ENERGIE BEANTWORTEN: WOHER? IN WELCHER FORM? WIE BLEIBT SIE BEZAHLBAR? «

Wer also die deutschen Klimaziele ernst nimmt, der muss zuallervorderst Antworten auf folgende drei Fragen finden:

1. Woher kann die nötige CO_2-frei bereitgestellte Energie in dieser Menge kommen?

2. Wie – als Strom, als Wasserstoff oder als anderer Energieträger – kommt sie nach Deutschland bzw. auch nach Bayern?
3. Wie kann die Energie bezahlbar bleiben – der Strom für die Unternehmen also weniger als 4 ct/kWh kosten?

Hier gibt es viele Ideen – taugliche und untaugliche. Es gibt aber derzeit leider nichts, worauf Unternehmen und Unternehmer bauen können, nichts, was ihnen hilft, eine tragfähige Investitionsentscheidung zu treffen. Leider ist es auch kein Thema, das Unternehmen (außer vielleicht sehr große) für sich selbst lösen können. Kurz: Hier ist die Politik gefragt!

»EIN SCHWUND AN ENERGIEINTENSIVER INDUSTRIE MUSS AUS GRÜNDEN DES KLIMASCHUTZES UND WOHLSTANDSERHALTS VERMIEDEN WERDEN!«

Vor dem Hintergrund des erst kürzlich nochmal nach vorne gezogenen Termins für die Klimaneutralität gewinnen diese Fragen an Brisanz. Und um die Aufgabenstellung zu präzisieren sei hinzugefügt:

- Der Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland trägt dazu bei, das Versorgungsproblem zu verringern. Aber er wird die Energie-Versorgungsfrage nicht im Ansatz lösen können. Der Bedarf an CO_2-frei bereitgestellter Energie liegt in der Größenordnung der heute genutzten Primärenergie – etwa 70 Prozent wird heute importiert und dieser Anteil wird vermutlich gleich bleiben. Der Primärenergiebedarf wird zusätzlich eher steigen. Deutschland braucht also Importquellen für CO_2-frei bereitgestellte Energie in gewaltiger Dimension.
- Die Frage des Energietransports stellt sich nicht nur für den Weg nach Deutschland; auch innerhalb Deutschlands ist der Transport völlig unklar und bisher kaum in Planungen für Infrastruktur abgebildet. Wie kann der Wasserstoff in die Industriezentren Bayerns gebracht werden – allen voran ins bayerische Chemiedreieck mit einem heutigen Strombedarf von 5 TWh im Jahr, der schon bald (2030) auf das Dreifache steigen würde?
- Die Frage der Bezahlbarkeit wiederum ist eher eine Frage der Kostenträgerschaft, denn weder grüner Strom noch CO_2-frei hergestellter Wasserstoff können mit den derzeitigen Technologien die Preisschwelle von 4 ct einhalten. Hier sind sozial- und gesellschaftspolitisch tragfähige Konzepte gefragt.

Selbstverständlich läßt sich das Problem sehr leicht deutlich reduzieren, wenn man einen gewissen Schwund an energieintensiver Industrie zulässt. Es gibt aber sehr gute Gründe, warum so ein Schwund mit aller Kraft vermieden werden sollte:

1. **Carbon Leakage.** Deutschland ist in puncto Energiemix und Effizenz der Produktionsprozesse weltspitze. Jeder Prozess, der nicht hier, sondern in anderen Regionen genuzt wird, bedeutet global betrachtet vermutlich ein Mehr an CO_2-Emissionen.
2. **Wirtschaftskraft und Wohlstand.** Deutschland ist ein Industrieland und deswegen ist der Wohlstand groß. Jeder Prozess der nicht hier, sondern in anderen Regionen genutzt wird, sorgt für weniger Wertschöpfung und deshalb weniger Wohlstand in Deutschland.
3. **Wertschöpfungsketten.** Die energieintensiven Prozesse stehen meist am Anfang der Wertschöpfungsketten. Werden diese Prozesse verlagert, sind ganze Werschöpfungsketten – die nachgelagerten Äste – von Abwanderung bedroht.

In der Energiepolitik liegt das gewichtigste Kippelement. Denn zu den genannten Punkten für die Klimaneutralität bis 2050 (EU), 2045 (D) oder vielleicht sogar 2040 (BY) kommt ein massives Versorgungproblem beim Strom auf Bayern zu. Nach Auskopplung der Atomkraftwerke aus dem Stromnetz klafft eine gewaltige Versorgungslücke von etwa 5 GW gesicherter Leistung. In Bayern wird die gesicherte Leistung sehr bald unter die zu erwartende Maximallast sinken. Zumindest bis die HGÜ-Leitungen fertiggestellt sind, ist die Versorgungssicherheit mangelhaft.

Wasserstoff

Wasserstoff wird von vielen als Heilsbringer gesehen. Und in der Tat bietet dieser Energieträger einige attraktive Eigenschaften:

- Im Unterschied zu Strom oder Wärme ist Wasserstoff gut speicherbar.
- Wasserstoff kann auch in Verbrennungsprozessen/chemischen Reduktionen ohne CO_2-Fußabdruck eingesetzt werden – lokale „Luftverschmutzung“ kann reduziert werden
- Im Prinzip kann Strom in Wasserstoff (Elektrolyse) und Wasserstoff in Strom (Brennstoffzelle) umgewandelt werden – beide zusammen können

so prinzipiell eine CO_2-freie Energielandschaft bereitstellen.
- Bestimmte Infrastrukturelemente (z.B. Gas-Pipelines) können für eine Wasserstoffwirtschaft umgewidmet werden.

»WASSERSTOFF IST EIN WICHTIGER BAUSTEIN ZUR KLIMANEUTRALITÄT – ABER: DIE DREI ZENTRALEN FRAGEN SIND AUCH HIER ZU KLÄREN!«

Warum nutzen wir also nicht schon immer Wasserstoff? Wieder ist es das Kostenargument. Solange nicht auch die wichtigsten Wettbewerber der deutschen/europäischen Industrie auf Wasserstoff setzen (müssen), sind die Kosten für die Nutzung klimaneutralen Wasserstoffs im internationalen Wettbewerbsgefüge hierzulande zu hoch – zumindest wenn es keine Kompensation gibt.

Was ist also zu tun, um das gewichtige Kippelement der Energievesorgung nicht kippen zu lassen?

- Die Bundesregierung und die EU müssen alle Kraft daran setzen, einen weltweit – mindestens jedoch auf G20-Ebene – einheitlichen CO_2-Preis einzuführen.
- Für die enormen Mengen an grüner Energie, die Deutschland braucht, müssen tragfähige Quellen gefunden werden. Auch zukünftig müssen vermutlich 70 Prozent der Primärenergie importiert werden. Gerade für Bayern ist es daher allerhöchste Zeit, ein Konzept zu entwickeln, wie sich der konkrete Bedarf an Strom und/oder Wasserstoff oder sonstigen Energieträgern sektorübergreifend entwickeln wird und wie die dafür nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen mit einem jetzt noch ambitionierteren Klimaziel-Pfad geschaffen werden können.
- Über den ganzen Transformationsprozess hinweg muss sichergestellt werden, dass die Energiekosten in Deutschland aus Sicht der Unternehmen – im Vergleich zu internationalen Wettbewerbsstandorten – nicht deutlich teurer sind, z.B. mithilfe eines Industriestrompreises. Regulierung darf dabei nicht nur die Verschlechterung der Bedingungen für CO_2-intensive Technologien, sondern muss vor allem eine Verbesserung der Bedingungen für klimafreundliche Alternativen zum Ziel haben – bislang fehlen weitgehend echte Anreize, echte Marktsignale und vor allem echte Alternativen.

2. Kippelement: License to Operate

Gehen wir für einen Moment davon aus, dass die Fragen um die Energieversorgung und die Energiekosten geklärt wären. Die Transformation zu einer klimaneutralen Industrie erfordert dann immer noch enorme Investitionen in neue Anlagen. Und all diese Anlagen müssen genehmigt und zugelassen werden. Die Behörden müssen das entsprechende Know-how zur Bewertung aufbauen und vor allem in der Lage sein, die enorme Flut von Genehmigungsprozessen auch zeitlich sinnvoll abzuarbeiten. Auch wird es Akzeptanz anstatt schon fast routinemäßiger Klagewellen gegen jegliches Infrastrukturprojekt brauchen. Schon jetzt aber ist die Zahl und Komplexität der Anforderungen und Auflagen bei Genehmigungsverfahren enorm – vor allem bei Anlagen, die unter die Störfallverordnung fallen.

»ZUKUNFT ZULASSEN: DAS GENEHMIGUNGSRECHT MUSS ZU EINER ERMÖGLICHUNGSKULTUR ZURÜCKFINDEN!«

Deutschland will möglicherweise in 24, Bayern will in 19 Jahren klimaneutral sein. Bis dahin müssen diese Anlagen also genehmigt und gebaut sein. Und schon heute dauern Genehmigungsverfahren teilweise sehr lange, weil der vorliegende Rechtsrahmen und der Vollzug des Umwelt- und Planungsrechts nicht mehr zeitgemäß sind und ein grundlegendes Update brauchen. Dringend notwendig ist deshalb ein Planungsmodernisierungsgesetz, das effiziente und rechtssichere Genehmigungsverfahren bei hohen Umweltstandards gewährleistet. Die Digitalisierung kann dabei unterstützen, darf aber kein Selbstzweck sein: Eine erweiterte Transparenz über digitale Verfahren muss den Schutz von Know-how und Belange der öffentlichen Sicherheit im Blick haben.

3. Kippelement: Rohstoffbasis, Stoffrecht, Lieferketten

Nehmen wir für einen Moment an, dass sowohl die Energieversorgungsfrage samt Kostenproblem und die Frage der Geschwindigkeit von Genehmigungsverfahren geklärt wären.

Die EU plant derzeit im Rahmen des „Green Deal“ eine umfassende Refom des Chemikalienrechts. Sie skizziert zahlreiche legislative und nicht-legislative Maßnahmen im bestehenden Rechtsrahmen. Vielerlei bestehende und bewährte Vorschriften sollen angepasst und verschärft werden, u.a. die

REACH-Verordnung, Regelungen zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung (CLP-Verordnung) sowie zum Umwelt- und Arbeitsschutz.

»DIE EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE KÖNNTE GANZEN WERTSCHÖPFUNGSKETTEN DIE (ROH-)STOFFBASIS ENTZIEHEN.«

Die EU-Kommission strebt mit der Chemikalienstrategie zudem einen Paradigmenwechsel an: Bewährte Grundprinzipien, wie die wissenschaftliche Risikobewertung als eine Voraussetzung für Entscheidungen im Chemikalienmanagement, werden infrage gestellt. Es geht nur noch um die Frage, ob eine Substanz grundsätzlich gefährliche Eigenschaften hat. Fragen der Exposition und der Dosis spielen in den Überlegungen der EU-Kommission keine Rolle. Dabei ist unklar, inwieweit Regeln für Endkunden-Produkte auch auf den industriellen oder gewerblichen Bereich ausgeweitet werden.

Das bereitet unserer Branche große Sorgen. Absehbar ist: Sollte die Chemikalienstrategie unverändert umgesetzt werden, wird sich die Zahl verfüg- und nutzbarer Chemikalien in Europa deutlich verringern. Dies hat unmittelbaren Einfluss auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemie- und Pharmaunternehmen – und damit auch der Kundenbranchen sowie auf den „Lösungsraum“, den die Branche der Gesellschaft zur Verfügung stellen kann (siehe Kapitel *#Lösungsindustrie*).

Statt verengter Nachhaltigkeitsdefinitionen – auch gefährliche Stoffe können grundsätzlich sicher und nachhaltig gehandhabt werden und sind für nachhaltige Anwendungen oftmals unersetzbar (z.B. Chlor für die Siliziumproduktion für Solarzellen) – sollte weiterhin ein risikobasierter Ansatz (Gefährlichkeit des Stoffs ≠ Risiko für Schaden) beibehalten werden. Es braucht jetzt dringend Stabilität und Planungssicherheit im Chemikalienrecht – einseitige europäische Alleingänge dürfen globale Harmonisierungsbestrebungen (wie das GHS-System) nicht konterkarieren. Für eine Weiterentwicklung des Chemikalienrechts braucht es einen konstruktiven und ergebnisoffenen Dialog mit der Industrie, genauso wie realistische Folgenabschätzungen.

Zum Erfolg verdammt

Aber damit nicht genug. Es gibt noch viele weitere „Kippelemente“, die das „Ökosystem“ des hiesigen Industriestandorts ernsthaft bedrohen

– vom zunehmend planwirtschaftlich und fern eines Verständnisses für Wertschöpfungsketten regulierten Finanzmarktzugang à la Sustainable Finance bis hin zum Bürokratie-Overkill wie der eines Lieferkettengesetzes, das Unternehmen mit einer völlig neuen Dimension an Haftungsfragen außerhalb deren unmittelbarer Wirkungssphäre beschäftigt. Und so reiht sich eine regulatorische Bremse an die andere, die eine Transformation hin zu erstrebenswerten Nachhaltigkeitszielen eher behindern als fördern. Dem gilt es, mit einer neuen Ära der Wirtschafts- und Industriepolitik zu begegnen – weniger Ordnungsrecht und bürokratische Fesseln, dafür mehr ordnungspolitischer Rahmen und die Zurverfügungstellung der Basisinfrastruktur –, um ein fruchtbares „Ökosystem“ zu erhalten, das Unternehmen Luft für Innovation und nachhaltige Transformation lässt.

»DAMIT VORBILDCHARAKTER NICHT ZUM MAHNMAL WIRD, SIND WIR ALLE ZUM ERFOLG VERDAMMT!«

Dabei sei abschließend Eines betont: Die Forderungen nach einer Renaissance von weitsichtiger Industriepolitik ist keinesfalls als alleiniger Selbstzweck für die Industrie oder als Gegenbewegung zu Nachhaltigkeitsbestrebungen zu verstehen – ganz im Gegenteil. Schon lange geht es bei den Unternehmen der Chemie- und Pharmabranche nicht mehr um das „Ob“, sondern einzig allein um das „Wie“ eine erfolgreiche Tranformation zur Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele gelingen kann. Und wie das Kapitel „#Lösungsindustrie“ zeigt, geht es auch gar nicht ohne Industrie, allen voran Chemie und Pharma. Und hier sind wir alle zum Erfolg verdammt, wenn wir zeigen wollen, dass eine nachhaltige Entwicklung ohne Deindustrialisierung und Wohlstandsverluste möglich ist. Denn kein Land, keine Region der Erde wird einem Pfad nacheifern, der folgenschwere Wohlstandsverluste mit sich bringt! Der Anspruch des Vorbildcharakters droht ansonsten zum Mahnmal, zum Negativbeispiel, zu werden.

Gesundheitspolitik

Nie zuvor war so klar, wie existenziell die Bekämpfung von Krankheiten für Ökonomie, Kultur, das Sozialleben und jeden Einzelnen ist.

Arzneimittel, Impfstoffe und Medizinprodukte werden zu oft nur als Kostenfaktor gesehen und viel zu wenig als Investition in Gesundheit, Lebenszeit und Arbeitsfähigkeit.



Wenn man von der Chemiebranche spricht, dann ist immer die chemisch-pharmazeutische Industrie gemeint. Dies rührt aus einer Zeit der großen Konzerne, die auch immer beides unter einem Dach vereinten. Und aus einer Zeit, in welcher der Marktzugang und die Marktmechanismen der beiden Teilbranchen Chemie und Pharma noch deutlich ähnlicher waren.

Mittlerweile ist der Pharmamarkt einer der am stärksten regulierten Märkte, sowohl, was den Marktzugang, als auch, was die Preise und den Wettbewerb angeht. Auch wenn insbesondere beim Thema Produktion (Umwelt- und Stoffrecht, Genehmigungsverfahren, etc.) weiterhin sehr vieles sehr ähnlich ist, haben sich zurecht Pharmaverbände spezialisiert – allen voran der BPI, der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie, und der etwas jüngere aber ebenso etablierte vfa, der Verband der forschenden Arzneimittelhersteller. Beide sind „Fachverbände“ im VCI. Alle Mitglieder dieser beiden Verbände sind automatisch auch Mitglieder im VCI und viele sind – größtenteils zusätzlich – auch über den Arbeitgeberverband VBCI Teil der Familie der Bayerischen Chemieverbände.

»CHEMIE UND PHARMA GEHÖREN ZUSAMMEN!«

Auf Landesebene vertritt der VCI auch die Fachthemen aller „Fachverbände“. Deswegen sind „Pharma“ und „Diagnostik“ schon immer wichtige Themen für die Bayerischen Chemieverbände.

In der COVID-19-Pandemie hat sich einmal mehr gezeigt, wie wichtig beides ist. Und kein vernünftiger Mensch kann bezweifeln, dass es ein Segen war und ist, eine so gut aufgestellte Pharmabranche in Bayern und in Deutschland zu haben. Nicht nur bei den Impfstoffen, auch bei der Diagnostik, bei Arzneimitteln und – aber das ist nicht Pharma – bei Desinfektionsmitteln, Impfzubehör und Schutzausrüstungen, hat die Branche bewiesen, was sie zu leisten vermag. Noch vor zwei Jahren war eine Impfstoffentwicklungszeit von unter einem Jahr undenkbar. Der Impffortschritt und die unkomplizierten Tests sind – auch daran kann kein Zweifel bestehen – der Schlüssel schlechthin für die Rückkehr zur Normalität, für den Ausweg aus der Pandemie. Alles nur möglich dank unserer Branche!

Gleichzeitig ist die industrielle Gesundheitswirtschaft – davon sind Pharma und Diagnostik ein wichtiger Teil – ein außerordentlich wichtiger Wirtschaftszweig, man kann sagen: eine Säule unserer Volkswirtschaft. Bundesweit trägt die Gesundheitswirtschaft mit fast 370 Milliarden Euro rund 12 Prozent zum nationalen BIP bei. Rund 7,6 Millionen Erwerbstätige sind in der Gesundheitswirtschaft aktiv. In Bayern liegt der Beitrag zur Bruttowertschöpfung bei 56 Milliarden Euro (entspricht 10,4 Prozent der Gesamtwirtschaft) mit knapp 1,2 Millionen Erwerbstätigen. In Bayern ist der Sitz vieler Deutschlandzentralen von internationalen, forschenden Konzernen, es gibt starke Biotechnologieregionen wie Martinsried und Penzberg. Es gibt viele Startups und ganze Medizinregionen wie das Medical Valley. Darüber hinaus gibt es eine große Zahl eher mittelständisch geprägter, sehr namhafter Unternehmen im OTC-Bereich. Bayern hat ein weites Spektrum an Pharmaunternehmen und ihren Produkten. Die Statistik bildet das leider völlig unzureichend ab.

Das Potenzial der Branche ist enorm. Die Biochemie bzw. die Biotechnologie, die Genetik und auch die Digitalisierung sind mittlerweile auf einem Niveau angelangt, das es erlaubt, auch kühne Träume – z.B. Sieg über den Krebs – für erreichbar zu halten. Seltene Erkrankungen werden in Zukunft besser therapierbar sein. Auch bei bewährten Wirkstoffen sind Weiterentwicklungen zu erwarten. Technologisch haben wir ein Niveau erreicht, das auch ganz große Innovationen zukünftig wahrscheinlich macht. Wäre es nicht fantastisch, wenn das zu mehr Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Produktion in Bayern führt?

»DAS POTENZIAL DER PHARMABRANCHE IST ENORM.«

All dies zusammengenommen, die Produkte, die Wirtschaftsleistung und vor allem das Wachstumspotenzial, das sicher auch eine bessere Versorgung mit sich bringt, ist ein guter – nein, ein sehr guter – Grund, die Pharmabranche in Bayern weiter zu stärken, bessere Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für die Branche zu schaffen, anstatt sie zu nehmen. Vielleicht wird sie einmal der heute dominierenden Branche Automotive den Rang ablaufen.

Mit dem Pharmagipfel 2014/2015 hat eine neue Ära des Dialogs zwischen Pharmabranche und Staatsregierung in Bayern begonnen. Seither treffen sich die Vertreter der Ministerien für Gesundheit und Wirtschaft regelmäßig mit uns und mit Vertretern der Pharmabranche. 2019 wurde das Format

Pharmagipfel mit Arbeitsgruppen wieder aufgenommen und eine „Gemeinsame Erklärung“ unterzeichnet, die als gemeinsame Position der Staatsregierung und der Branche verstanden werden kann. Sie ist nach wie vor aktuell – auch wenn die Pandemie Schwächen aufgezeigt hat, die einen Ruf nach mehr Pharma im Land und Lieferkettenresilienz haben lauter werden lassen.

Lesen Sie auch hier, in der gemeinsamen Erklärung, unsere Forderungen, wie die Pharmaregulierung verbessert werden muss.

Seit langem setzen wir uns – vor allem auch im Rahmen der Aktivitäten der Pharmainitiative Bayern – genau für diese Stärkung der Branche im Land ein.

Die COVID-19-Pandemie muss jetzt zu einem echten Umdenken führen! Nie zuvor war so klar, wie existenziell die Bekämpfung von Krankheiten für Ökonomie, Kultur, das Sozialleben und jeden Einzelnen ist. Zu oft werden Arzneimittel, Impfstoffe und Medizinprodukte nur als Kostenfaktor gesehen und viel zu wenig deren Nutzen. Gleichzeitig ist vielen nicht bewusst, dass sie nur einen verhältnismäßig kleinen und seit Jahren stabilen Anteil an den Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung ausmachen. Von den 252 Mrd. EUR GKV-Ausgaben zählen 17 Prozent (41 Mrd. EUR) zu den Arzneimittelausgaben. Darin enthalten sind aber Großhandel, Apotheken und Steuern. Weniger als 11 Prozent der GKV-Ausgaben gehen an Arzneimittelhersteller.

Die verschiedenen Kostendämpfungsmaßnahmen haben andererseits zu einer Verarmung an Produktion und zur Verlagerung für die Versorgung wichtiger Produktionsprozesse nach Indien und China gesorgt. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Erforschung, Entwicklung und Herstellung muss deshalb stärker honoriert sowie die gesamte Wertschöpfungskette konsequent gefördert werden. Pharmazeutische Erzeugnisse sollen gesamtgesellschaftlich wieder als das gelten, was sie sind: Investitionen in die Gesundheit und wichtige volkswirtschaftliche Säule. Gemeinsam mit den Pharmaverbänden und den Unternehmen setzen wir uns, im Rahmen der Pharmainitiative, für eine Stärkung des Pharmastandorts Bayern und für bessere Rahmenbedingungen für Pharma- und Diagnostikunternehmen in Deutschland ein.

Aus der Arbeit des VBCI

Arbeiten in der Krise.

Die intensive Betreuung, rechtliche Beratung und enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedsunternehmen haben in der Pandemie den Härtetest bestanden!



Aus der Arbeit des VBCI

Arbeiten in der Krise

Der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie (VBCI) ist der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie in Bayern. Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder in zahlreichen Institutionen, in verantwortungsvollen und mitgestaltenden Funktionen sowohl auf nationaler wie auch europäischer Ebene. Aufgaben des Verbandes sind unter anderem die Beratung und Prozessvertretung der Mitgliedsfirmen. Unsere Mitarbeiter sind ehrenamtliche Richter bei Arbeitsgerichten, Sozialgerichten, Landesarbeitsgerichten und dem Bundesarbeitsgericht. Wir vertreten die Interessen der Branche beim Deutschen Juristentag, in der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Unsere Rechtsabteilung ist beratend an deutschen und europäischen Gesetzgebungsverfahren beteiligt.

»IMPFSTOFFE UND DESINFEKTIONSMITTEL LASSEN SICH NICHT IM HOMEOFFICE HERSTELLEN.«

Ein zentraler Baustein unserer Tätigkeit ist die Gremienarbeit. Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss, im Tarifpolitischen Ausschuss, im Sozial- und Personalpolitischen Ausschuss, im Arbeitskreis Berufsausbildung und im Arbeitskreis Personalentwicklung erfolgt der intensive Austausch mit unseren Mitgliedsunternehmen, der für unsere Interessenvertretung gegenüber Politik, Verwaltung und Sozialpartner unerlässlich ist. Diese Arbeit konnte auch während der letzten zwölf Monate virtuell in bewährter Weise erfolgen. Beherrschendes Thema des Berichtszeitraums war die Corona-Pandemie. Aber auch Themen wie Fachkräftemangel, Ausbildung, Digitalisierung, Wandel der Arbeitswelt, Umsetzung des Tarifabschlusses 2019 und vielfältige arbeits- und sozialrechtliche Herausforderungen, die unsere Mitgliedsfirmen bereits vor der Corona-Krise beschäftigt haben und auch zukünftig beschäftigen werden, haben die Arbeit des VBCI geprägt.

Pandemie

Die Arbeitgeber und Verbände der chemischen Industrie haben in der Corona-Krise Verantwortung sowohl für die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft als auch für die Gesundheit der Beschäftigten übernommen.

Kurzarbeit, freiwilliges Testangebot, verpflichtendes Testangebot, Impfen in den Betrieben, Osterruhe, wöchentliche bis tägliche Änderungen der Verordnungen zum Infektionsschutz auf Bundesebene und in 16 Bundesländern, Einreisebeschränkungen für Grenzpendler, Umsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen nach SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard, SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel und SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung haben die Unternehmen und den VBCI vor nicht gekannte Herausforderungen gestellt.

So konnte die von der Politik geplante Osterruhe nur durch intensive Lobbyarbeit verhindert werden. Dem Einsatz der Arbeitgeberverbände ist es zu verdanken, dass die politisch gewollte Einführung der Testangebotspflicht ohne hohe bürokratische Hürden eingeführt wurde.

»SEIT BEGINN DER PANDEMIE HAT DER VBCI DIE MITGLIEDER MIT MEHR ALS 200 BEINAHE TÄGLICHEN CORONA-RUNDSCHREIBEN INFORMIERT.«

Auch der VBCI hat sich diesen Herausforderungen gestellt, um die Mitgliedsunternehmen bestmöglich bei der täglichen Arbeit zu unterstützen. So wurde zusätzlich zum bisherigen Rundschreibendienst mit tagesaktuellen Hinweisen, dem wöchentlichen Newsletter und dem monatlichen Journal das Corona-Rundschreiben eingeführt, das – zum Teil bis zu zweimal täglich – über die neuesten Entwicklungen und die in den Unternehmen umzusetzenden Vorschriften und Maßnahmen informiert.

»SICHERHEIT UND GESUNDHEITSSCHUTZ SOWIE DIE LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER WIRTSCHAFT KÖNNEN NUR IM GLEICHKLANG VERWIRKLICHT WERDEN.«

Im Rahmen der Kampagne „Wirtschaft impft gegen Corona“ haben sich BDA, BAVC, vbw und auch VBCI für eine Einbindung der Betriebsärzte stark gemacht und umfassende Hinweise zum Impfmanagement, Informationen zur Impfstoffbestellung und zum Ablauf der Versorgung der Betriebsärzte mit Impfstoffen und Aufklärungsunterlagen zur Verfügung gestellt, über Vorteile und Risiken der Impfung sowie Impfquotenmonitoring, Meldeprozesse und Dokumentation informiert.

Gemeinsam mit unserem Sozialpartner IG BCE werben wir dafür, dass auf schnellstem Wege so viele Beschäftigte wie möglich gegen das Coronavirus geimpft werden. Dies ermöglicht den Weg zurück in ein „normales“ gesellschaftliches und auch wirtschaftliches Leben.

Online-Seminare für unsere Mitgliedsunternehmen zu den Themen Testen, Impfen und Homeoffice haben unser Service-Angebot hierzu ergänzt.

Ein zentrales Instrument zur Sicherung der Arbeitsplätze ist die Kurzarbeit. Dies hat sich auch in der Corona-Krise bestätigt. Der Arbeitsmarkt ist dadurch bislang vor erheblichem Schaden bewahrt worden. Die Arbeitslosigkeit ist nur moderat gestiegen, wenn man das Ausmaß des wirtschaftlichen Einbruchs bedenkt. Das Kurzarbeitergeld leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen und bewahrt vor Arbeitsplatzverlust.

»KURZARBEIT IST SEHR TEUER.
ABER MASSENARBEITSLOSIGKEIT IST SEHR VIEL TEURER.«

Auch dieses Instrument, das auch mehrfach vom Gesetzgeber geändert und angepasst wurde, führt sich nicht von selbst bei den hiervon betroffenen Unternehmen ein. Verbunden war und ist hiermit hoher Beratungsbedarf und –aufwand (bis hin zu Einigungsstellenverfahren), der durch die Juristen des VBCI geleistet wurde. So waren Betriebsvereinbarungen neu zu schließen und der mit der Kurzarbeit verbundene bürokratische Aufwand von der Antragstellung bis hin zur Personalabrechnung war in kürzester Zeit umzusetzen.

»BUNDESWEIT EINMALIGE TARIFLICHE
FLEXIBILISIERUNGSMÖGLICHKEITEN VERMEIDEN KURZARBEIT.«

Darüber hinaus gelang es der Rechtsabteilung des VBCI, durch die Nutzung der in diesem Umfang bundesweit einmaligen tariflichen Flexibilisierungsmöglichkeiten im Rahmen von betrieblichen oder tariflichen Regelungen mit der IG BCE Kurzarbeit ganz oder zeitweise zu vermeiden. Beispiele sind die Entgeltreduzierung oder die Absenkung der in den Flächentarifverträgen für die chemische Industrie festgelegten Tarifentgelte für alle Beschäftigten eines Betriebes um bis zu 10 Prozent.

Umsetzung des Tarifabschlusses 2019

Die im Jahr 2019 vereinbarten Tarifverträge „Moderne Arbeitswelt“ und „Pflegezusatzversicherung Chemie“ haben die bereits bestehenden Regelungswerke der Chemietarifverträge um weitere Handlungsoptionen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erweitert.

»ALS ERSTE BRANCHE SICHERT DIE CHEMIE IHRE BESCHÄFTIGTEN FÜR DEN PFLEGEFALL AB.«

Die Sozialpartner in der Chemieindustrie haben mit dem Abschluss des Tarifvertrages „Pflegezusatzversicherung Chemie“ tarifpolitisches Neuland betreten. Erstmals werden alle Tarifbeschäftigten einer Branche umfassend gegen das Pflegerisiko abgesichert.

Auf unsere Mitgliedsfirmen kommen unabhängig von der Corona-Pandemie erhebliche Herausforderungen durch den Wandel der modernen Arbeitswelt zu, sodass sich die Anforderungen an Arbeitnehmer und an Arbeitgeber zunehmend ändern. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, haben die Chemie-Sozialpartner Ende letzten Jahres ein umfangreiches Tarifpaket mit mehreren neuartigen Elementen auf den Weg gebracht.

Im Rahmen des Tarifvertrages „Moderne Arbeitswelt“ haben BAVC und IG BCE einen Zukunftsbetrag, mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit für beide Seiten sowie Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten vereinbart.

»DIE GESTALTUNG DES ZUKUNFTSBETRAGS ERMÖGLICHT EINEN AUSGLEICH ZWISCHEN DEN WÜNSCHEN DER BESCHÄFTIGTEN UND DEN BETRIEBLICHEN ANFORDERUNGEN DER ARBEITGEBER.«

Um die Mitgliedsfirmen bestmöglich bei der Umsetzung der beiden Tarifverträge zu unterstützen, hat die Rechtsabteilung zahlreiche Seminare angeboten und umfangreiches Informationsmaterial wie z.B. Handbücher, FAQ-Listen sowie Mustervereinbarungen zur Verfügung gestellt und die Unternehmen bei den Verhandlungen mit den Betriebsräten begleitet. Auch konnten die zahlreichen betriebsindividuellen Nachfragen aus den Personalabteilungen im persönlichen Kontakt mit den Mitgliedsfirmen beantwortet und passende Lösungen entwickelt werden.

Digitalisierung und moderne Arbeitswelt

In den letzten vier Jahren fand ein intensiver Austausch und Dialog der Chemie-Sozialpartner zur Arbeit der Zukunft statt. Auch die chemisch-pharmazeutische Industrie befindet sich in einem Prozess der digitalen Transformation. „Chemie 4.0“ wird von Digitalisierung und Nachhaltigkeit geprägt sein. Es zeichnen sich neue Anwendungsfelder ab, die nicht nur Effizienzgewinne, sondern auch innovative Geschäftsmodelle hervorbringen werden. Unter dem Titel WORK@industry4.0 wurde mit hunderten von Teilnehmern in Workshops ein gemeinsames Verständnis der Sozialpartner zur digitalen Transformation erarbeitet. Wir konnten hierbei mit Vertretern der Rechtsabteilung unsere Erfahrungen aus der Praxis mit einbringen. Ein erstes wichtiges Ergebnis war die Erarbeitung eines Leitbildes „Führung 4.0“.



» DIE DIGITALISIERUNG VERLANGT ZEIT- UND ORTSFLEXIBILITÄT SOWIE EINE LEBENSPHASENORIENTIERTE AUSGESTALTUNG VON ARBEITSZEIT. «

Bedingt durch die Pandemie war plötzlich das „Homeoffice“ bei allen Unternehmen ein wichtiges Thema. Dieses wird auch trotz des Entfalls der Homeoffice-Pflicht ab dem 01.07.2021 weiterhin in den Unternehmen ein Thema bleiben, wie aktuelle Umfragen belegen. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Wegfall von Reisezeiten und -kosten durch virtuelle Meetings, Einsparung von Räumlichkeiten – all diese Punkte sind hierbei zu berücksichtigen. Hierzu haben wir die Unternehmen mit umfangreichen Mustern zu Betriebsvereinbarungen und Arbeitsverträgen, mit einem Online-Seminar und individuellen Beratungen unterstützt.

Fachkräftemangel

Die Chemiearbeitgeberverbände haben im letzten Jahr den ***Future Skills Report Chemie*** erarbeitet, eine KI-basierte Trendanalyse zu den Chemie Skills der Zukunft. Der Future Skills Report identifiziert die für die Entwicklung der Branche besonders relevanten Trends, bewertet Chancen und Risiken des Chemiestandorts Deutschland im internationalen Vergleich und formuliert Trendaussagen zu Kompetenzen und Berufsbildern.



Ausbildung
Bei der Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze war 2020 in der bayerischen chemischen Industrie ein Rückgang von 4,15 Prozent auf 993 zu verzeichnen. Damit konnte die Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre – von 2015 bis 2019 betrug der Zuwachs mehr als 14 Prozent – nicht fortgesetzt werden.

Dies lag zum Teil an der nachlassenden Konjunktur; die Produktion in der deutschen chemisch-pharmazeutischen Industrie war von Oktober 2018 bis Oktober 2019 durchgehend rückläufig. Der erfolgte Rückgang beim Ausbildungsplatzangebot lässt sich damit allerdings nicht völlig erklären. Zum einen erhöht sich der Abbau von Stellen im Verwaltungsbereich, wodurch weniger kaufmännische Ausbildungsplätze angeboten wurden, zum anderen kann der Bedarf an technischen Ausbildungsplätzen (Laboranten, Chemikanten) nicht beliebig erweitert werden. Es ist davon auszugehen, dass die Ursache allerdings aktuell vor allem in den direkten und indirekten Auswirkungen der Corona-Pandemie zu suchen ist. Der Einbruch der Konjunktur im Zuge der Corona-Pandemie insbesondere im 2. Quartal 2020 blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Ausbildungsgeschehen, auch wenn die Unternehmen erfahrungsgemäß die Ausbildungsaktivitäten meist nicht unmittelbar an die wirtschaftliche Entwicklung koppeln und sich bemühen, die Berufsausbildung stabil zu halten. Dafür spricht auch die Tatsache, dass sich die Ausbildungsquote bei den Unternehmen sogar leicht erhöhte.

Unbesetzte Ausbildungsplätze nehmen zu
Zugenommen hat 2020 die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze. Sie stieg von 8,1 Prozent auf 11,2 Prozent, somit blieben 111 Plätze unbesetzt. Damit setzt sich ein seit 2015 bestehender Trend fort. Es fällt den Unternehmen immer schwerer, adäquate Bewerber für ihre Ausbildungsangebote, insbesondere im gewerblich-technischen Bereich zu finden. Die Gründe sind vielschichtig. Neben der demografischen Entwicklung hält der Trend hin zu schulischen Ausbildungsgängen nach wie vor an. Es bleibt weiterhin eine große Aufgabe für die Branche, junge Leute vom breitgefächerten Ausbildungsangebot und den hervorragenden Beschäftigungschancen in der chemischen Industrie zu überzeugen.

Die Aktivitäten im Bereich des Ausbildungsmarketings waren durch die Corona-Pandemie erheblich behindert, die Unternehmen standen vor der großen Herausforderung, ihre Recruiting-Konzepte anzupassen, da klassische Instru-

mente wie Ausbildungsmessen, Kontakte zu Schulen und Praktika etc. nicht oder nur virtuell zur Verfügung standen. Trotz großer Bemühungen, hier neue Wege zu beschreiten, ist es nicht immer gelungen, für die angebotenen Ausbildungsplätze geeignete Bewerber zu finden.

Die gemeinsame Ausbildungsmarketing-Initiative der Chemie-Arbeitgeberverbände „Elementare Vielfalt – Deine Ausbildung in der Chemie-Branche“ unterstützt die Aktivitäten der Unternehmen durch die Bereitstellung einer breiten Palette zielgruppengerichteter Tools und Informationsangebote (www.elementare-vielfalt.de).

Erhebliche Belastungen für die Ausbildungsbetriebe ergaben sich aus den Vorschriften der Pandemiebekämpfung auch für Abläufe des Lehr- und Ausbildungsbetriebes, die oft mit großem Aufwand an die Erfordernisse der Pandemiebekämpfung anzupassen waren. Besonders betroffen war der Lehrbetrieb im Bereich der praktischen Verbund- und Auftragsausbildung, der in Präsenzform zeitweise eingestellt werden musste, wenn Auszubildende aus verschiedenen Unternehmen zusammen unterrichtet werden sollten – „Homeoffice“ ist bei technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildungsberufen keine wirkliche Alternative. Die Umstellung des Lehrbetriebs der Berufsschulen auf virtuelle Vermittlung brachte weitere Herausforderungen für die Ausbildungsbetriebe, die das bisherige hohe Ausbildungsniveau aufrechterhalten wollten.

Die Bundesregierung flankiert das Engagement der Ausbildungsunternehmen durch das Förderprogramm „Ausbildungsplätze sichern“. Antragsberechtigt sind kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die durch die COVID-19-Krise in erheblichem Umfang betroffen sind.

Die Ausbildungsbetriebe der bayerischen chemischen Industrie haben mit viel Engagement, Aufwand und Phantasie den Ausbildungsbetrieb während der Pandemie aufrechterhalten. Sie stehen damit weiterhin zu ihrer sozialpolitischen Verantwortung und setzen ihren großen Einsatz bei der Fachkräftesicherung fort.
Junge Menschen, die sich zu Recht um die Zukunft, die Umwelt und das Klima sorgen und dies auch im Rahmen von Protestaktionen kundtun, sollten wissen: Wir sind die #Lösungsindustrie! Bei uns kann man an den Lösungen für die Zukunft mitarbeiten und diese mitgestalten. Leider ist das Vielen noch viel zu wenig klar.

Die Ursache für die fehlende Kenntnis der Bedeutung von Chemie und damit auch unbesetzter Ausbildungsplätze ist auch in der Gymnasialausbildung zu finden. So bemüht sich der VBCI seit Jahren gegenüber dem bayerischen Kultusministerium intensiv um eine Erhöhung der Jahreswochenstunden im Fach Chemie an bayerischen Gymnasien, da unbestreitbar den Themen „scientific literacy“ und „evidenzbasiertes Handeln“ bei der Bewältigung der weltweiten Herausforderungen (Pandemien, Klima, etc.) eine Schlüsselrolle zukommen. Nur eine Gesellschaft, die sich einen Zugang zu diesen Fachgebieten erarbeitet hat, wird in der Lage sein, die Vor- bzw. Nachteile von Innovationen und Entwicklungen sachgerecht beurteilen zu können. Daher ist es unabdingbar, naturwissenschaftlich interessierte und talentierte Jugendliche optimal zu fördern.

»DIE #LÖSUNGSINDUSTRIE – FÜR ALLE, DIE NICHT NUR FORDERN, SONDERN AN DEN LÖSUNGEN MITARBEITEN WOLLEN!«

Arbeits- und sozialrechtliche Rechtsberatung

Die Rechtsabteilung des VBCI unterstützt mit sieben Juristen die mehr als 200 Mitgliedsunternehmen nicht nur in der täglichen Personalarbeit durch telefonische Beratung, Beantwortung von E-Mails und in gerichtlichen Streitigkeiten, sondern auch in aufwendigen Umstrukturierungsprozessen bis hin zu Einigungsstellenverfahren zu Interessenausgleich und Sozialplan.

Weiter werden von der Rechtsabteilung zusammen mit den Kollegen aus Unternehmen und den Schwesterverbänden Arbeitshilfen und Muster für die Personalarbeit erarbeitet. Damit können den Personalverantwortlichen unserer Mitgliedsfirmen die Handbücher „Arbeitsvertragsgestaltung“ und „Das Arbeitsverhältnis in der chemischen Industrie“ zur Verfügung gestellt werden. Hier werden auf über 1.000 Seiten Mustertexte für die Personalarbeit und Hilfestellungen für Einstellung, Entlassung und Durchführung des Arbeitsverhältnisses gegeben. Der Band „Arbeitsvertragsgestaltung“ erschien kürzlich in der 5. Auflage und ist für Mitgliedsunternehmen in unserem Extranet als Teil der Beratungs- und Serviceleistung des Verbandes zum Download verfügbar.

Praxisnahe Beratung und passende Problemlösungen

Unter Beteiligung mehrerer Juristen des VBCI arbeiten die Chemie-Arbeitgeberverbände als exklusives Angebot für die Mitgliedsfirmen an einem „Chemie Rechtsportal“. Als zusätzliches Element unserer umfassenden Rechtsberatung wird seit etwa einem Jahr ein online-basiertes Arbeitsrechtsportal von Arbeitsrechtsexperten der deutschen Chemieverbände aufgebaut, welches auf wiederkehrende Fragen des Arbeits- und Tarifrechts im Rahmen von „Fragenbäumen“ Antworten bereithält, die online über den Mitgliederzugang jederzeit abgerufen werden können. Häufige Berechnungen können dort ebenso nachvollzogen werden wie Fragestellungen, die in der täglichen Personalarbeit gelöst werden müssen und damit die Möglichkeit schaffen, die tägliche Arbeit in unseren Mitgliedsunternehmen zu erleichtern.

»NEUER MEILENSTEIN IN DER RECHTSBERATUNG: DAS „CHEMIE-RECHTSPORTAL“.«

Zahlreiche Vorarbeiten sind abgeschlossen, die ersten Fragenbäume wurden in den Arbeitsgruppen erstellt. Parallel wird das rechtliche „Drehbuch“ für ein Erklärvideo geschrieben und die technischen und gestalterischen Feinheiten werden abgestimmt. Es ist davon auszugehen, dass die Mitgliedsunternehmen noch im Jahr 2021 auf diese weitere Dienstleistung des Verbandes zurückgreifen können.

Für die kommenden Monate stehen neben den bereits oben genannten Herausforderungen nun Fragen wie:

- Gelingt es uns, aus der Pandemie gestärkt hervorzugehen?
- Haben wir in den letzten Monaten als Gesellschaft dazugelernt?
- Schaffen wir es, dass die chemische Industrie wieder brummt und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden?

im Mittelpunkt der Arbeit des VBCI. Gemeinsam werden wir auch diese meistern!

Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern

Von Abfallrecht bis Zukunftsinnovation – der VCI ist die wirtschaftspolitische Stimme der Chemie- und Pharmabranche auf allen föderalen Ebenen.



In enger Verzahnung mit den Mitgliedsfirmen bündelt der Verband die branchenrelevanten Themen und Botschaften.

Aus der Arbeit des VCI-Landesverbandes Bayern

Der VCI-Landesverband ist die wirtschaftspolitische Interessensvertretung der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Bayern. In einer umfassenden (Fach-)Gremien-Struktur (siehe S. 70) erfolgt der Austausch mit den Mitgliedsunternehmen, um zu informieren, die Verbandsarbeit zu gestalten und die Branchenmeinung zu relevanten Fragestellungen gegenüber Politik, Administration, Presse und Öffentlichkeit zu aggregieren. Mit Blick auf die dynamischen Entwicklungen in der Corona-Pandemie kommt dem Verband auch hierbei eine wichtige Multiplikatorfunktion zu – sei es durch tagesaktuelle Informations- und Hilfsangebote, Beratung in wichtigen Fachfragen, den Anstoß für dringend benötigte pandemiebedingte Auffangregelungen oder als Ansprech- und Austauschpartner für politische Entscheider bis hin zum Aufbau einer Notfallplattform für Impfzubehör.

Energie- und Klimapolitik

Die energie- und klimapolitischen Weichenstellungen entwickeln sich immer mehr zur Schicksalsfrage des hiesigen Industriestandorts. Statt sich um die nötigen Leitplanken für die Umsetzung von Klimaschutz zu kümmern, konzentriert sich die Politik weiterhin auf Zieldiskussionen. Deshalb zielt die Verbandsarbeit darauf ab, u.a. mit der „Roadmap Chemie 2050“-Studie sowie der Chemistry4Climate-Plattform konstruktiv und im Dialog die nötigen Rahmenbedingungen für treibhausgasneutrale Chemieproduktion zu entwickeln – ganz im Stil einer echten #Lösungsindustrie.

»EIN INDUSTRIESTROMPREIS VON 4 CT/KWH IST DAS SIMPLE PARADIGMA KLIMANEUTRALER INDUSTRIEPRODUKTION.«

Egal ob in Brüssel, mit Blick auf den Green Deal, auf Bundesebene (z.B. beim Zukunftsdialog von Bundeswirtschaftsministerium und Chemiebranche) oder im Bayerischen Energiebeirat sendet der VCI unisono die unmissverständliche Botschaft: Günstiger (regenerativer) Strom für max. 4 ct/kWh (inkl. aller Nebenkosten), ein „Industriestrompreis“, ist ein dringend nötiger Katalysator für Investitionen in klimaneutrale Technologien wie z.B. in die Wasserstoffwirt-

schaft. Dass der Preis und die Verfügbarkeit von CO_2-neutral bereitgestelltem Strom letztlich über die langfristige Wirtschaftlichkeit von klimaneutralen Wasserstoffprojekten entscheidet, hatte der Vorstand der Bayerischen Chemieverbände in einer Sondersitzung sowie einem Online-Dialog mit der Wirtschaftsweisen und Vorständin des Bayerischen Wasserstoffzentrums Prof. Veronika Grimm verdeutlicht. Gerade für Bayern bedeutet das aber eben mit Blick auf die drohende Stromlücke durch den Ausstieg aus Kernkraft- und Kohleverstromung, auch dringend die nötige Strom- und Gasleitungsinfrastruktur in den Blick zu nehmen, um am Ende nicht abgehängt zu werden. Hierzu vernetzen sich die Bayerischen Chemieverbände immer stärker mit den relevanten Akteuren, wie Übertragungsnetzbetreibern, um diese Infrastrukturaufgaben voranzubringen.



Aber neben der Konkretisierung von Zukunftsvisionen klimaneutraler Industrieproduktion verging in den letzen Monaten auch kaum eine Woche ohne die Notwendigkeit einer umfassenden VCI-Positionierung zu immer neuen Regelungsvorhaben: Seien es u.a. die kaum noch zählbaren EU-Konsultationen, kurzfristige Anpassungen des Bundesklimaschutzgesetzes, die schon fast routinemäßige Anpassung des EEG oder aber die Definition der „grünen Eigenschaft“ von Wasserstoff wie auch Carbon-Leakage-Regelungen im nationalen Emissionshandel qua Rechtsverordnung bis hin zu komplexen Festlegungen der BNetzA zum energiewirtschaftlichen Vollzug. In enger Verzahnung mit der Mitgliedschaft bündelt der VCI kompetent die branchenrelevanten Botschaften.

Umwelt- und Stoffpolitik

Das Umweltregelwerk gibt den genehmigungsrechtlichen Rahmen vor, in dem industrielle Produktion möglich ist. Wie systemkritisch diese „license-to-operate“ und der Zeithorizont für Genehmigungsverfahren sein kann, hatte sich auch beim Aufbau von Produktionskapazitäten für Corona-Impfstoffe gezeigt. Da für neue oder wesentlich geänderte Industrieanlagen fast immer ein mindestens drei bis sieben Monate dauerndes Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nötig ist, hatte der VCI umfassende Vorschläge zur Beschleunigung gemacht.



Das Thema bleibt aber gerade mit Blick auf die anstehende Transformation hin zu einer Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität wichtiger denn je – denn dies wird eine umfassende Zahl an neuen

Verfahren sowie deren Genehmigung nötig machen. Deshalb setzt sich der VCI für ein grundlegendes Update im Umwelt- und Planungsrecht, ein Planungsmodernisierungsgesetz, ein. Um neben dem Rechtsrahmen aber auch den Vollzug zu optimieren, engagiert sich der VCI-Landesverband zudem in einer neuen Arbeitsgruppe des Umwelt- und Klimapaktes Bayern. Ganz nach dem Motto „Zukunft anpacken" analysieren Verwaltung und Wirtschaft – gemeinsam und auf Augenhöhe – grundlegende Optimierungspotenziale im umweltrechtlichen Verwaltungsvollzug.

»DAS UMWELTRECHT BRAUCHT EIN UPDATE – EIN PLANUNGSMODERNISIERUNGSGESETZ.«

Neben diesen grundsätzlichen Fragen für eine bessere Ermöglichungskultur rollte die Regulierungsmaschinerie im Umweltbereich derweil gnadenlos weiter. Egal ob es um die Vorhaben der EU-Kommission im Green Deal, den BREF-Prozess, die TA-Luft-Novelle, die Anpassung der AwSV, die Neufassung der 13. BImSchV, einer BImSchG-Änderung hinsichtlich Fragen der Öffentlichkeitsbeteiligung oder einen Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz geht, der VCI begleitet diese Verfahren auf allen föderalen Ebenen mit Hilfe des Praxis-Know-hows der Unternehmen. Hierbei bewährten sich auch einmal mehr bestehende Dialogformate mit dem Bayerischen Umweltministerium, um frühzeitig Fragen der Auswirkungen im bayerischen Vollzug durch Änderungen im Rechtsrahmen zu diskutieren, wie dies seit Jahrzehnten im Expertendialog Umwelt gepflegt wird.

»DAS CHEMIKALIENRECHT WIRD ZUR ÜBERLEBENSFRAGE VON INDUSTRIELLEN WERTSCHÖPFUNGSKETTEN.«

Neben dem medialen Umweltschutz legen vor allem die chemikalienrechtlichen Vorgaben die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften von Chemieunternehmen fest. Die Auswirkungen dieser Vorgaben machen aber keineswegs halt bei der Chemie – viele Nachverwenderbranchen (Textil, Oberflächentechnik, Automobil, Machinenbau, usw.) sind mittelbar aber nicht weniger stark durch REACH, CLP & Co. betroffen. Besonders offenkundig wird das in laufenden REACH-Regulierungsaktivitäten im Bereich der Fluorchemie. Die Bayerischen Chemieverbände hatten hierüber zusammen mit dem Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie (t+m), den süddeutschen Textilver-

bänden Südwesttextil/VTB und dem Verband der Hersteller von Prozess- und Performance-Chemikalien (TEGEWA) in einer umfassenden Online-Informationsveranstaltung mit 150 Teilnehmenden informiert. Ziel der Veranstaltung war es, insbesondere nachgeschaltete Anwender von fluorierten Polymeren und Fluorpolymeren zu den regulatorischen Entwicklungen zu informieren und zu sensibilisieren. Denn durch REACH-Beschränkungsverfahren drohen wichtige Anwendungsfelder dieser High-Tech-Werkstoffe, unter ein Totalverbot zu fallen.

Dieser branchenübergreifende Ansatz zur Diskussion von chemkalienrechtlichen Entwicklungen ist auch Kern des Expertendialogs Stoffpolitik, der regelmäßig Behörden, Industrievertreter und wichtige Multiplikatoren an einen Tisch bringt.

Dass diese Vernetzung umso wichtiger ist, zeigt auch die EU-Chemikalienstrategie, die nicht weniger als einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Chemikalien und deren Anwendung einleitet – weg von einem risikobasierten hin zu einem gefahren- und verbotsgetriebenen Ansatz: Das Verbot der Verwendung von Stoffen und Stoffgruppen allein anhand von Gefahrenmerkmalen, neue CLP-„Gefahrenklassen“ für Verbleibeigenschaften wie Persistenz (international nicht über das GHS-System der UN abgestimmt) oder planwirtschaftliche Ansätze, wie die Definition „essentieller Verwendungen“ von Chemikalien sind dabei nur einige wenige Beispiele, wie einschneidend die EU-Kommission das Chemikalienrecht ändern möchte. Der VCI begleitet dieses epochale Vorhaben mit höchster Priorität, u.a. wurde hierzu über den europäischen Chemieverband ein eigenes Impact Assessment initiiert, um drohende Auswirkungen frühzeitig sichtbar zu machen.

Derweil steht die Begleitung der Umsetzung des bestehenden Rechtsrahmens von REACH und CLP nicht weniger im Fokus. Aktuelle Beispiele sind hier die drohende harmonisierte CLP-Einstufung von Ethanol oder die Problematik der Gefahrstoffeinstufung allein aufgrund von Partikeleigenschaften, die mit Titandioxid einen Präzendenzfall erfahren hat, der sich nunmehr bei synthetischen Kieselsäuren fortsetzt. Es droht ein Dammbruch und Dominoeffekt mit drastischen Konsequenzen für die Handhabung von Stoffen in Pulverform. Nicht zuletzt auf Hinweis der VCI-Landesverbände hatten auch fünf Wirtschaftsministerinnen und -minister der Länder – darunter auch der

bayerische – die EU-Kommission und das Bundeswirtschaftministerium auf diese problematische Entwicklung eindringlich hingewiesen.

Nachhaltigkeit und Responsible Care

Die beiden Nachhaltigkeitsinitiativen Responsible Care und Chemie³ sind sichtbarer Ausdruck dafür, dass sich die chemisch-pharmazeutische Industrie zum Nachhaltigkeitsgedanken – in all seinen drei Dimensionen: Ökonomie, Ökologe und Sozialem – bekennt. Der jährlich ausgeschriebene Responsible-Care-Wettbewerb wirft hierbei ein Schlaglicht darauf, wie sich in den Unternehmen der verantwortungsvolle Umgang in den Bereichen Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie Sicherheitsfragen ganz konkret ausdrückt. In 2020 stand der Wettbewerb unter dem Motto „Nachhaltiger Umgang mit Wasser“, bei dem es wieder tolle Beispiele aus den Unternehmen gab. Das bayerische Siegerprojekt der Firma SystemKosmetik konnte sich zudem auch auf Bundesebene im Kampf um den Mittelstandspreis durchsetzen – hierzu nochmals herzlichen Glückwunsch!

» DIE REKORDBETEILIGUNG AM RC-WETTBEWERB 2021 UNTERSTREICHT DEN HOHEN STELLENWERT VON KLIMASCHUTZ IN DER BRANCHE. «

Für den RC-Wettbewerb in 2021, der den Beitrag der Branche zum Klimaschutz in den Fokus nimmt, lässt sich schon heute eine Rekordbeteiligung verkünden: Mit 18 Projekteinreichungen auf Landesebene – so viele wie bisher noch nie im bayerischen RC-Wettbewerb – sowie fast 100 Einreichungen bundesweit, unterstreicht die Branche eindrucksvoll, welch hohen Stellenwert der Klimaschutz hat. Man kann also gespannt sein. Alle Projekte werden wieder – u.a. in einem aussagekräftigen Flyer – vorgestellt.

Neben vielen Informationen und Kennzahlen zur Branche wurden im Rahmen der Nachhaltigkeitsinitiativen auch umfassende Hilfestellungen durch Leitfäden oder die Chemie³-Webinarreihe zur Verfügung gestellt. Auch rückt beim Themenkoplex „Nachhaltigkeit“ zunehmend die intensive Begleitung regulatorischer Vorgaben in den Vordergrund – seien es delegierte Rechtsakte bei Sustainable Finance oder beim Lieferkettengesetz.

Innovations- und Bildungspolitik

Die Stärkung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen ist Kernaufgabe des Verbandes im Bereich der Innovations- und Forschungspolitik. Hierzu werden vielerlei Impulse auf Landes- und Bundesebene gesetzt. Über die letzten Monate lag im Besonderen die erfolgreiche und möglichst unbürokratische Umsetzung des Forschungszulagengesetzes – der überfällige Schritt in den Einstieg einer steuerlichen Forschungsförderung – im Fokus. Daneben wird es eine Neuerung in der Betreuung des Arbeitskreises Innovation der Bayerischen Chemiverbände geben – mit dem Ausscheiden von Frau Dr. Wehner aus dem Verbandsteam wird das Chemie-Cluster Bayern die Schnittstelle mit dem Verband neu beleben und die Betreuung des wichtigen Innovationsgremiums mitgestalten.

Hat die Corona-Pandemie einerseits den Wert von Innovationen aus Chemie und Pharma (Stichworte: Impfstoffe, Tests, Arzneimittel, etc.) ganz deutlich sichtbar gemacht, ist andererseits auch die hohe Relevanz eines breiten Verständnisses für naturwissenschaftliche Zusammenhänge offen zu Tage getreten. Denn naturwissenschaftliches Denken und Hinterfragen erleichtert die Einordnung und Abgrenzung der Fakten von Verschwörungstheorien und hilft, diffuse Ängste zu vermeiden. So ist es ein Bestreben der Bayerischen Chemieverbände, naturwissenschaftlichen Unterricht stärker im Bildungskanon der bayerischen Kultuspolitik zu verankern. Der Verband setzt sich u.a. vehement dafür ein, dass bei der Gestaltung der 11. Jahrgangsstufe im neuen G9 keine Chemie-Lücke in den nicht-NTG-Zweigen entsteht und für alle Schülerinnen und Schüler – auch die der nicht-naturwissenschaftlichen Zweige – weiterhin eine Vertiefung auch im naturwissenschaftlichen Bereich in der gymnasialen Oberstufe praktisch möglich bleibt.



Aber nicht allein der Lehrplan entscheidet über naturwissenschaftliche Begeisterung – es sind vor allem die Lehrerinnen und Lehrer durch ihre Unterrichtsgestaltung, die als wichtige Multiplikatoren die Grundsteine dafür legen. Daher war es uns als Bayerische Chemieverbände ein großes Anliegen, unsere Arbeit im Bereich der Schüler- und Lehrerfortbildung fortzusetzen, wozu – pandemiebedingt – erfolgreich neue Online-Formate entwickelt wurden. Im Berichtszeitraum konnten hier seit Ende des letzten Jahres 15 virtuelle „Chemiekisten“ für Grundschulen mit rund 300 Teilnehmenden durchgeführt werden. Ein besonderes Highlight war in diesem Zuasmmenhang auch eine kostenlose Online-Vor-

tragsveranstaltung speziell für Lehrerinnen und Lehrer zum Thema „Corona-Impfung“, um mit einem sachlichen und faktenbasierten Informationsangebot mehr Klarheit und Transparenz zu diesem wichtigen Thema zu schaffen. Der große Zuspruch mit rund 400 Teilnehmenden spricht für die große Relevanz des Themas.



Betreuung der VCI-Fachverbände auf Landesebene

Der VCI vereint in seiner Mitgliedschaft auch insgesamt 22 Fachverbände, die unterschiedliche Sparten der chemisch-pharmazeutischen Industrie repräsentieren. Einige Fachverbände haben dabei auch regionale Untergruppierungen, die in den VCI-Landesverbänden betreut werden. In Bayern sind dies der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI) sowie die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie (VdL).

Für die bayerische Mitgliedschaft des BPI hatte sich in der jährlichen Mitgliederversammlung erstmals die Möglichkeit ergeben, den (damals noch designierten) neuen Vorstandsvorsitzenden des BPI-Bundesverbandes Dr. Hans-Georg Feldmeier, Dermapharm AG, kennenzulernen. Darüber hinaus mussten unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie Vorstand und Delegierte des BPI-Landesverbandes neu gewählt werden – hierbei wurde Steffen Wegner, Steierl-Pharma GmbH, als Vorsitzender bestätigt.



Auch in der VdL-Bezirksgruppe Bayern stand die Neuwahl des Vorstands im Rahmen einer Online-Mitgliederversammlung an. Neben der Wiederwahl des Vorsitzenden Rolf Dürschmidt, Feycolor GmbH, konnte der Vorstand auch wieder komplettiert werden, so dass alle wichtigen Sparten der Branche im Vorstand vertreten sind.



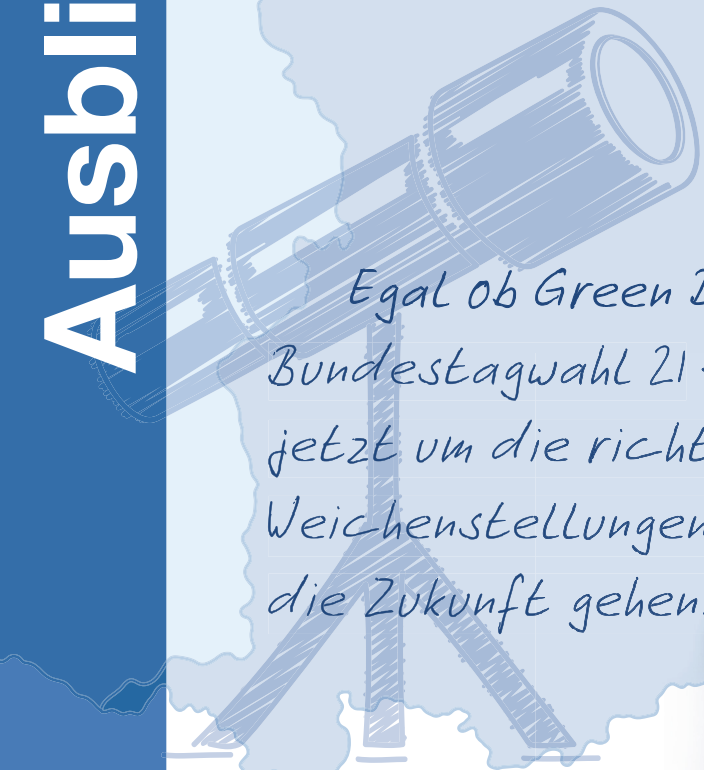
Um die Vernetzung der bayerischen Lack- und Druckfarbenhersteller auch in der Corona-Pandemie nicht abreißen zu lassen, wurden zudem die bestehenden Sitzungsformate in Online-Events umfunktioniert, sodass eine virtuelle Arbeitssicherheitstagung und ein politischer Online-Dialog zum Green Deal und der Chemikalienstrategie erfolgreich durchgeführt werden konnten.





Ausblick

Industriestandort oder Industriemuseum – wir stehen an einer wichtigen Weggabelung!



Egal ob Green Deal oder Bundestagwahl 21 – es muss jetzt um die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft gehen!



Ausblick

Digital – aber trotzdem nahbar

Das Fortschreiten der Impfkampagne, eine auf breiter Flur sinkende Inzidenz bei den Corona-Neuinfektionen (bzw. Stabilisierung auf niedrigem Niveau) und immer weitergehende Öffnungsschritte geben begründeten Anlass zur Hoffnung auf eine dauerhafte Rückkehr in eine Normalität. Sicher bleiben für eine Zeit „n.C." – nach Corona – auch noch Risiken bestehen, so z.B. eine vierte Welle im Herbst (gerade mit Blick auf Altersgruppen, die bislang noch nicht geimpft werden können) oder auch weitere Mutationen des Virus. Und am Ende wird der Erreger aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht gänzlich verschwinden, sondern möglicherweise von seiner pandemischen Wirkung in eine endemisch-dauerhafte Begleiterscheinung übergehen. Aber: Vor allem durch die erfolgreiche Impfstoffentwicklung scheint ein Ende des Schreckens nun erstmals greifbar!

»DIE CORONA-IMPFUNGEN MACHEN EIN ENDE DER PANDEMIE NUN ERSTMALS GREIFBAR.«

Die Rückkehr vom „Pandemie-Modus" in eine „neue Normalität" wird sicherlich in den nächsten Monaten Politik und Gesellschaft, aber auch Unternehmen weiter intensiv fordern. Auch ist noch nicht gänzlich absehbar, welche aus der „Lockdown-Not" geborenen Maßnahmen nach der Pandemie als bewährte Instrumente weitergeführt werden (können). Egal ob Homeoffice, flexible Arbeitszeiten, „Wiedereingliederung" und „Zusammenschweißen" von pandemiebedingt versprengten Teams, Webkonferenzen statt Präsenzveranstaltungen (und umgekehrt!) oder damit verbundene Fragen des Umgangs mit Dienstreisen – hier werden sich viele Neujustierungen ergeben.

»DIGITAL, HYBRID UND FACE-TO-FACE – VERBANDLICHE AUSTAUSCHFORMATE WERDEN VIELFÄLTIGER UND MODULAR.«

Das gilt natürlich auch für die verbandliche Zusammenarbeit und Interaktion mit den Mitgliedsunternehmen. Hat die Corona-Zeit einerseits den hohen Wert der persönlichen Begegnung schmerzlich verdeutlicht, haben andererseits virtuelle Veranstaltungen eine bislang nicht dagewesene Meeting-Effizienz ermöglicht. Hier wird es für die verbandliche Arbeit – im Sinne des Ver-

bindenden – die Kunst sein, die Vorteile beider Welten sinnvoll miteinander in Einklang zu bringen. Dabei deutet sich schon jetzt an, dass ein ausgewogener Mix aus digitaler, hybrider und Face-to-face-Begegnung die zukünftigen Austauschformate bestimmen wird. Hier freuen sich die Chemieverbände auch weiterhin jederzeit über Feedback!

Industriepolitik – JETZT!

Neben dem Fragenkomplex einer Gestaltung des „Back to Normal“ aus der Corona-Pandemie stehen auf politischer Ebene viele wichtige Entscheidungen und große Herausforderungen an. War der Green Deal der EU bislang vor allem durch Überschriften, Roadmaps, Strategien und Co. geprägt, kommen wir nunmehr zunehmend in eine Phase konkreter Legislativvorschläge.

»DER GREEN DEAL DER EU KONKRETISIERT SICH IMMER MEHR IN HARTEN LEGISLATIV-MASSNAHMEN.«

Sei es im Chemikalienrecht bei REACH und CLP oder bei der Konkretisierung von Maßnahmen im Klimaschutz wie z.B. beim Fit-for-55-Paket, um nur einen Bruchteil der Kommissionsaktivitäten anzureißen. Dabei stellt ein jedes dieser Vorhaben einen umfassenden Eingriff in den hiesigen Industriestandort dar, der ausgewogen, wohl bedacht und im internationalen Kontext bestehen muss.

»DIE BTW-2021 IST MEHR ALS EIN SHOWDOWN POLITISCHER AKTEURE – ES MUSS JETZT UM WEICHENSTELLUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT GEHEN.«

Und auf nationaler Ebene wirft die Bundestagswahl im Herbst schon deutliche Schatten voraus. Auch wenn die mediale Wahrnehmung den Anschein erweckt, dass es einzig allein um den spannenden Showdown von Frontakteuren unterschiedlicher politischer Couleur geht, so steht doch weit mehr auf dem Spiel! Die Corona-Pandemie hat eine bislang nie dagewesene (finanzielle) Belastung für Staat, Gesellschaft und Unternehmen (Branchen unterschiedlich stark betroffen) geschaffen. Der Mittelstand (aber auch Großunternehmen) ächzen derweil unter einem nie dagewesenen Maß an Bürokratie, sodass Innovationen und prosperierende Unternehmen im Land zunehmend mit dem Staub der Amtsstuben erstickt werden. Genehmigungsverfahren dauern dabei schon mal gerne länger als die Zeit, in der Klimazielverschärfungen angekün-

digt und in Gesetze gegossen werden. Die Fragen hingegen, wie eine konkrete Umsetzung (jetzt nochmal 5 Jahre früher) von Klimaneutralität gelingen kann, wie man denjenigen Akteuren, die alle hehren Ziele am Ende in unternehmerische Realität gießen müssen, mit planbaren Rahmenbedingungen unterstützen kann, bleiben nach wie vor offen. Gerade energieintensive Branchen haben bislang keinerlei Entscheidungsbasis dafür, welches klimaneutrale Geschäftsmodell sich in Zukunft tragen, geschweige denn, wie die nötige Infrastruktur – egal ob Strom, Wasserstoff oder sonstiger Energieträger – dafür aussehen kann, ob sie denn je kommt und am Ende auch eine Genehmigung (ohne Klagewelle) erhält.



»DEUTSCHLAND UND DIE EU STEHEN AN EINEM SCHEIDEWEG – ERFOLGREICHER INDUSTRIESTANDORT ODER INDUSTRIEMUSEUM.«

Insofern kann man getrost davon sprechen, dass wir in Deutschland mit Blick auf die Bundestagswahl und in der EU mit Blick auf den Green Deal an einer Weggabelung stehen. Wenn es nicht bald gelingt, aus Zieldiskussionen in den Umsetzungsmodus, aus staatlichem Dirigismus in Marktvertrauen, aus Verhinderungs- in eine Ermöglichungskultur zurückzufinden, drohen ernsthafte Schäden am hiesigen Industriestandort zu entstehen. Es gilt nun mehr denn je, die Industriepolitik in den Fokus zu stellen und den Weg hin zu Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft mit international wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen zu gestalten.

»DAS COMMITMENT DER #LÖSUNGSINDUSTRIE IST WEITERHIN UNGEBROCHEN!«

Bei dieser Fülle an Herausforderungen für die Branche wird es in den kommenden Monaten und Jahren darauf ankommen, geeignete Strategien als Branche zu entwickeln und im gut verzahnten Netzwerk zwischen Verbänden und Unternehmen aktiv die Interessen für den Erhalt einer innovativen und leistungsfähigen Chemie- und Pharmaindustrie zu wahren. Dabei ist das Commitment der chemisch-pharmazeutischen Industrie auch weiterhin ungebrochen, durch innovative Produkte und Verfahren einen Beitrag zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu leisten – ganz im Sinne einer echten #Lösungsindustrie.

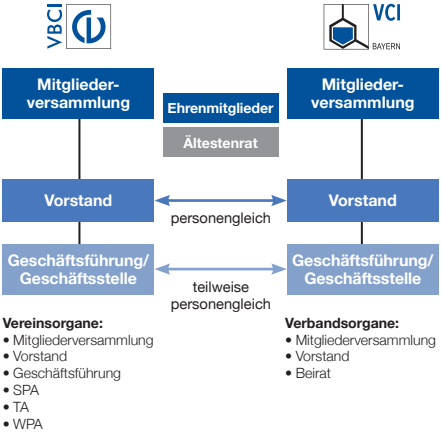
Verbandsorganisation

Die **Mitgliederversammlung** wählt die Vereins-/Verbandsorgane.

Der **Ältestenrat** (VBCI) berät den Vorstand und die Geschäftsführung.

Der **Vorstand** leitet den jeweiligen Verband und bestimmt die strategische Ausrichtung.

Die **Geschäftsführung/Geschäftsstelle** führt die operativen Geschäfte des jeweiligen Verbands im Rahmen des Mandats des Vorstands bzw. der Mitgliederversammlung.



Struktur der Gremien

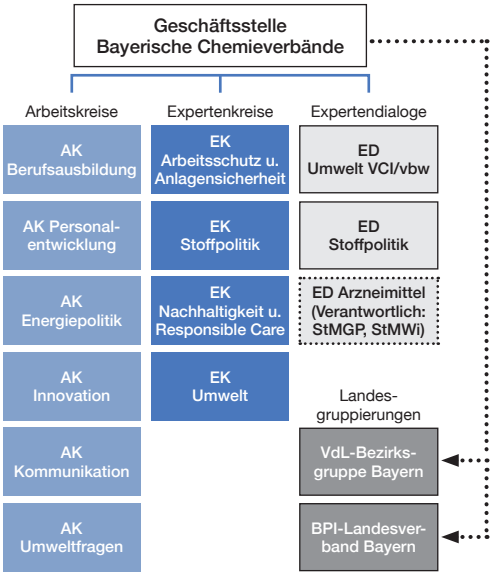
Die Gremien dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Verband und Mitgliedschaft, der Positionierung der Branche sowie der Diskussion und Festlegung von Leitplanken für die Verbandsarbeit.

Die **gewählten Gremien (SPA, TA, WPA, Beirat)** nehmen in beratender Funktion Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in den jeweiligen Bereichen – hier steht der Input der Firmen an vorderster Stelle. WPA und Beirat tagen dabei immer gemeinsam.

In den **Arbeitskreisen** werden zu den jeweiligen Top-Themen der Branche die aktuellen Entwicklungen erörtert und die Branchenmeinungen hierzu erarbeitet.
Die **Expertenkreise** ermöglichen dazu auf fachspezifischer Ebene einen Austausch mit und zwischen Experten der Mitgliedsfirmen.
Sowohl in den Arbeits- als auch den Expertenkreisen werden praxisrelevante Inhalte und Hilfestellungen vermittelt.

Expertendialoge sind branchenübergreifende, zum Teil extern organisierte und geleitete Dialogplattformen zwischen Vertretern der Industrie und der bayerischen Administration zur lösungsorientierten Erörterung von aktuellen Fachfragen und Vollzugsthemen.

Der VCI-LV vertritt auch die dem VCI angeschlossenen **Fachverbände**. Die Geschäftsführung/Geschäftsstelle führt dabei zudem die operativen Geschäfte der Landesorganisationen von Fachverbänden, die eigene Landesstrukturen besitzen.



Rolle der Gremien

Gewählte Gremien:

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss
Der SPA nimmt in **beratender Funktion** Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in Fragen der **Sozialpolitik**.

Tarifpolitischer Ausschuss
Der TA ist das **zentrale Gremium rund um die Tarifvertragsarbeit** im VBCI.

Wirtschaftspolitischer Ausschuss
Der WPA des VBCI **berät** Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem Beirat des VCI-LV.

Beirat
Der Beirat des VCI-LV berät Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem WPA des VBCI.

Arbeitskreise:

AK Berufsausbildung
Austausch zwischen Praktikern der Berufsausbildung zu aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich (z. B. langfristige Nachwuchssicherung u.v.m.)

AK Personalentwicklung
Praxisnaher **Austausch** zwischen Experten im Bereich **Personalentwicklung**

AK Energiepolitik
Austausch rund um eine **sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung** (u. a. energiepolitische Entwicklungen und Verbandspositionierung hierzu)

AK Innovation
Themen rund um das Innovationsmanagement und **Innovationsrahmenbedingungen** (z. B. Analyse externer und interner Innovationshemmnisse)

AK Kommunikation
Austausch zur **Optimierung der Kommunikationsarbeit** in der Branche (z. B. Kommunikation im Wandel, Krisenkommunikation, neue Medien, etc.)

AK Umweltfragen /vbw Umweltausschuss
„**Master-Gremium**" zu **Umweltthemen**, Zusammenkünfte und Vorsitz gemeinsam mit dem vbw-Umweltausschuss

Expertenkreise:

EK Arbeitsschutz und Anlagensicherheit
Expertenforum zu Arbeitsschutz- und **sicherheitsrelevanten Themen** (u. a. Lessons Learned nach Ereignissen, Entwicklungen im techn. Arbeitsschutz, etc.)

EK Nachhaltigkeit und Responsible Care
Forum zu **nachhaltigkeitsrelevanten Themen** (u. a. Diskussion und **Umsetzung der Chemie³-Initiative** sowie des Responsible-Care-Konzepts, etc.)

EK Umwelt
Forum zum Austausch für **Umweltsachverständige/-beauftragte** (z. B. Anlagengenehmigung, Luftreinhaltung, Natur-, Wasser- und Bodenschutz, etc.)

EK Stoffpolitik
Forum zum Austausch für Spezialisten aus den Unternehmen zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoffthemen** (u. a. REACH, CLP, Nanomaterialien, etc.)

Expertendialoge[1]:

ED Umwelt VCI/vbw
Dialogforum zw. Industrie und Umweltministerium auf Fachebene zu **Umweltfragen** (u. a. Rechtsentwicklung, „Trouble-Shooting" bei Vollzugsproblemen, etc.)

ED Stoffpolitik
Dialogforum zw. Industrie und Umwelt- sowie Wirtschaftsministerium auf Fachebene zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoff-**, ggf. auch **Arbeitsschutzthemen**

1) Der ED Arzneimittel ist ebenfalls ein Industrie-/Behörden-Dialogformat zu arzneimittelrechtlichen Fragen. Da die Ausrichtung aber den beteiligten Ministerien obliegt, ist dieser hier nicht separat aufgeführt.

Landesgruppierungen der VCI-Fachverbände:

VdL-Bezirksgruppe Bayern
Landesgruppierung des Verbands der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V.

U. a. branchenspezifischer (Informations-)Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, landesspezifischen Initiativen sowie Positionierung der Branche, etc.

BPI-Landesverband Bayern
Landesverband des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie e.V.

U. a. branchenspezifischer Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, insbes. gesundheits- und arzneimittelrechtlichen Aspekten, Positionierung ggü. der bayerischen Politik und Verwaltung

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München
Dr. Hans Seidl, Grünwald
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Christian Hartel, München (Vorsitzender)

Albert Franz, Obernburg
Johannes Heckmann, Schwandorf
Peter Kurz, Fürth
Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Walter Vogg, München
Dr. Gerhard Wagner, Burghausen
Jens Waldeck, Pullach

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Johann Baumgartner, Neustadt
Dr. Christian Hartel, München
Johannes Heckmann, Schwandorf
Klaus Kamhuber, Trostberg
Peter Kurz, Fürth
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen (bis Dez. 2020)
Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Walter Vogg, München
Dr. Gerhard Wagner, Burghausen
Jens Waldeck, Pullach

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Engelbert Zehentmaier, Burghausen (Vorsitzender)

Paul Altmann, Schwandorf
Klaus Angermaier, Burghausen
Johann Baumgartner, Neustadt
Hans-Peter Dangl, Bobingen
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig
Uwe Fritz, Burghausen
Michael Grimbs, Pullach
Jochen Joa, München
Klaus Kamhuber, Trostberg
Hannes Kauper, Nürnberg
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl
Katja Klinkenberg, Ismaning
Peter Knoll, Fürth
Annette Kunze, München
Christian Lange, Trostberg (Feb. 2021)
Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Christina Pliml, Burgkirchen
Hansjörg Pohl, Unterschleißheim
Ulrike Pontius, Seefeld
Thomas Reichenzeller, Kirchheim-Heimstetten
Eva-Maria Renner, Burgkirchen
Barbara Schwarz, Hallstadt
Barbara Strasser, Obernburg
Philipp Wimmer, Burghausen
Angela Wörl, München

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Holger Amberg, Gersthofen
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg
Ed Hoozemans, Pullach
Erich Lackner, Trostberg (bis Dez. 2020)
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen (bis Dez. 2020)
Rüdiger Lugert, Diedorf
Dr. Karl-Martin Schellerer, Ismaning
Dr. Thomas Schnell, München
Arne Schulle, Unterschleißheim
Jens Schlemmer, Hallstadt (bis Nov. 2020)
Dr. Wolfgang Schütt, Hartenstein (bis Feb. 2021)
Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Dr. Leonhard Unverdorben, Gersthofen (bis Jan. 2021)
Steffen Wegner, Herrsching
Maximilian Westhoff, Waldkraiburg

Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen
Chantal Friebertshäuser, Haar
Berndt Fritzsche, Essenbach
Markus Fritzsche, Essenbach
Manfred Hoffmann, Neuburg
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen (bis Dez. 2020)
Dr. David Schmidtke, Bruckmühl
Dr. Thomas Schnell, München

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München
Dr. Helmut Gruber, Burghausen
Dr. Jürgen F. Kammer, München
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
Rudolf Ribka, Walberberg (†)
Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
Dr. Hans Seidl, Grünwald
Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen (seit Juni 2021)
Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Peter Umfug, München

Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)

Berufsausbildung Richard Stubenvoll, Burghausen
Energiepolitik Albert Franz, Obernburg
Innovation Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren
Kommunikation Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Personalentwicklung Peter Lerchner, Trostberg
Umweltfragen Dr. Dieter Gilles, Burghausen (bis März 2021)
Dr. Peter von Zumbusch, Burghausen (ab März 2021)

Landesorganisationen der VCI-Fachverbände

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern
Vorsitz: Steffen Wegner, Herrsching

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern
Vorsitz: Rolf J. Dürschmidt, Regensburg

Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Ass. jur. Walter Vogg

Geschäftsführer (VBCI):
Dr. Markus Born
Ass. jur. Stefan Mößner
Ass. jur. Peter Fürnthaler (stellv.)

Geschäftsführer (VCI-LV):
Dr. Markus Born
Dr. Roland Appel (stellv.)

Referenten:
Ass. jur. Annette Birkholz
Ass. jur. Dominic Hauenstein
Ass. jur. Philipp Hausch
Ass. jur. Andrea Klein
Ass. jur. Jana Kraus
Robert Schuder
Kwam Walton
Dr. Mirja Wehner (bis März 2021)

	Chemische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2019	2020	%	2019	2020	%
Bayern						
Gesamtumsatz	17.869.267	17.058.142	-4,5	380.743.615	347.632.440	-8,7
darunter Ausland	11.149.259	10.360.563	-7,1	207.239.587	186.464.181	-10,0
Beschäftigte	65.144	63.735	-2,2	1.323.389	1.293.292	-2,3
Bund						
Gesamtumsatz	198.272.231	190.576.422	-3,9	1.930.601.704	1.765.728.061	-8,5
darunter Ausland	124.433.900	118.246.917	-5,0	945.538.536	850.722.130	-10,0
Beschäftigte	463.918	464.437	0,1	6.399.357	6.211.619	-2,9

Bayern (Spartenergebnisse)						
	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	445.626	406.157 -8,9 %	270.617	254.736 -5,9 %	2.006	2.007 0,0 %
org. Grundstoffe und Chemikalien	1.880.075	1.668.655 -11,2 %	1.149.947	1.049.603 -8,7 %	4.367	4.338 -0,7 %
Kunststoffe in Primärformen	5.256.360	4.811.625 -8,5 %	3.850.328	3.439.311 -10,7 %	13.580	13.200 -2,8 %
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.468.959	1.367.583 -6,9 %	840.308	753.808 -10,3 %	7.154	6.846 -4,3 %
pharmazeutische Erzeugnisse	2.115.383	2.214.102 4,7 %	986.849	1.016.216 3,0 %	8.110	8.405 3,6 %
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.271.176	1.285.832 1,2 %	631.273	621.715 -1,5 %	3.035	3.080 1,5 %
Duftstoffe und Körperpflegemittel	830.453	772.526 -7,0 %	439.487	387.189 -11,9 %	4.624	4.490 -2,9 %
Chemiefasern	750.328	668.894 -10,9 %	485.935	453.018 -6,8 %	3.629	3.508 -3,3 %
Sonstige	3.850.907	3.862.768 0,3 %	2.494.515	2.384.967 -4,4 %	18.639	17.861 -4,2 %

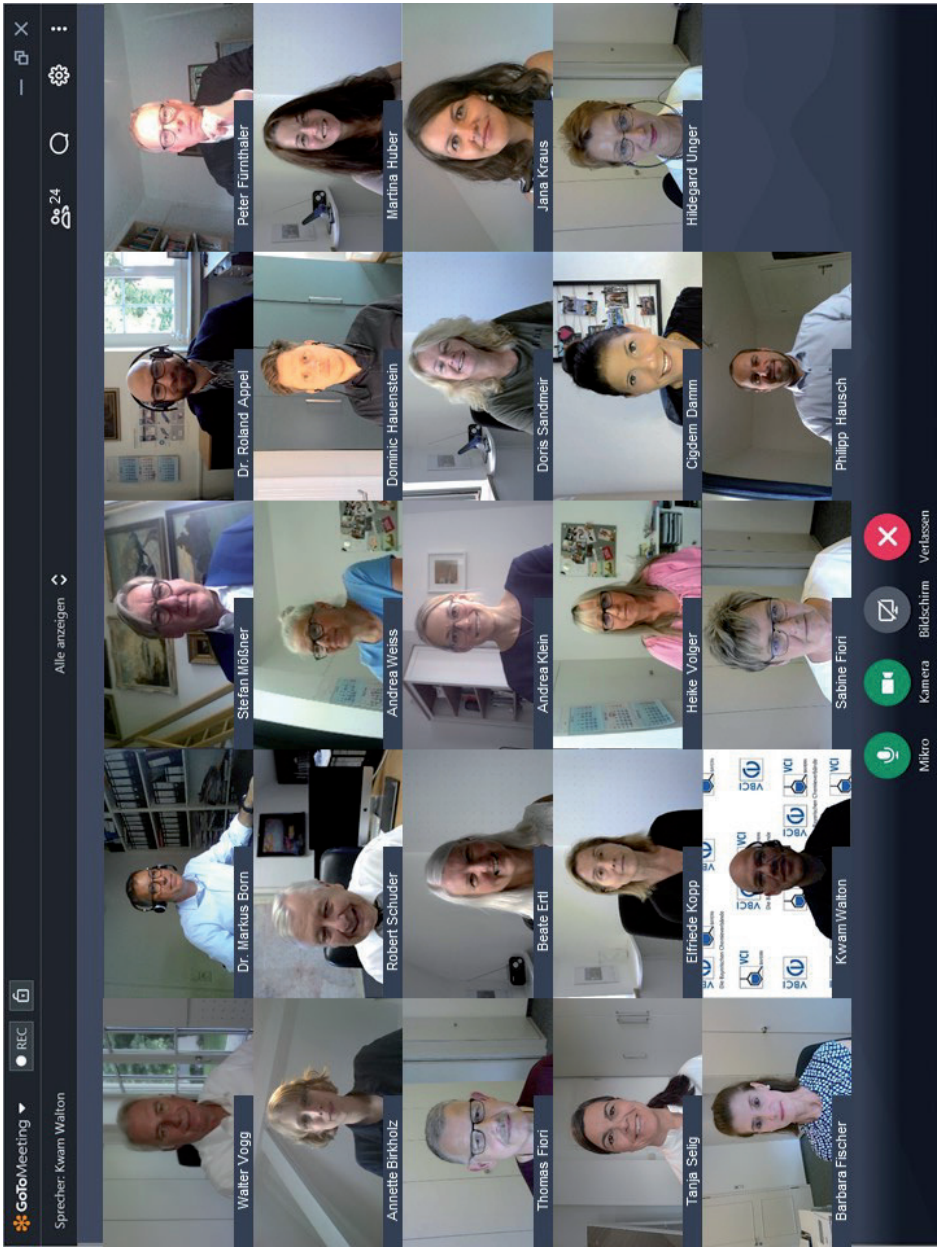
Nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro
Beschäftigte jeweils zum 30.09.

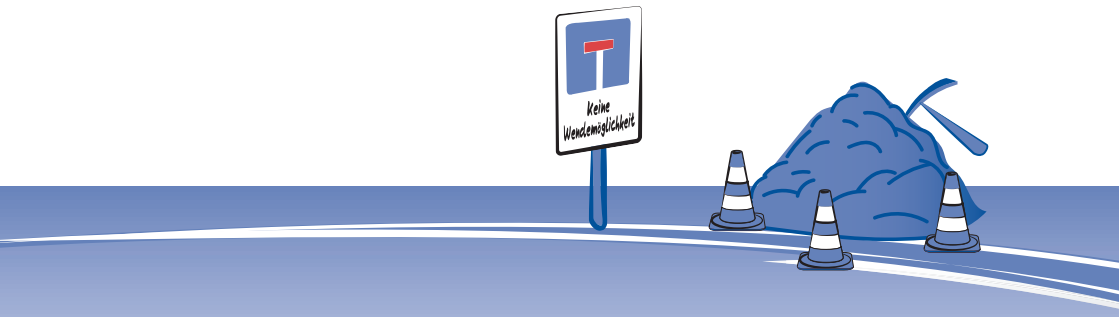
Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Statistisches Bundesamt, Chemdata, eigene Berechnungen

Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1.000 Euro und %-Anteil am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland

Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse	2017	2018	2019	2020	%
2012	Farbstoffe und Pigmente	112.067	140.819	124.503	127.625	3,6
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	1.469.407	1.480.805	1.197.007	1.083.175	13,9
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	2.098.579	2.186.903	2.064.220	1.915.988	9,6
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen	53.717	50.048	50.644	53.593	1,7
2016	Kunststoffe in Primärformen	4.436.604	4.666.090	4.492.970	4.072.213	18,2
2020	Schädlingsbekämpfungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	43.997	66.958	58.716	145.607	4,7
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.455.761	1.451.559	1.408.876	1.260.474	14,5
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel	801.483	827.228	830.414	811.693	15,4
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.123.613	750.687	757.679	706.416	14,2
2052	Klebstoffe	269.472	288.710	284.882	278.474	15,2
2053	Etherische Öle	162.070	171.530	179.705	189.684	8,6
2059	Sonst. chemische Erzeugnisse	2.647.921	2.844.687	2.491.338	-	-
2060	Chemiefasern	734.084	722.265	603.131	524.974	35,8
2090	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie	130.234	118.169	121.827	120.843	6,3
20	Chemische Erzeugnisse	15.183.764	15.409.616	14.307.707	13.476.513	12,7
2110	Pharmazeutische Grundstoffe u. ä. Erzeugnisse	110.165	123.900	110.981	144.936	3,8
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmazeutische Erzeugnisse	1.634.599	1.763.717	1.983.703	2.096.655	7,5
21	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	1.744.764	1.887.617	2.094.684	2.241.591	6,9
20+21	Chemische und pharmazeutische Industrie	16.928.528	17.297.233	16.402.391	15.718.104	11,4

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt und Chemdata


GoToMeeting
REC
Sprecher: Kwam Walton
Alle anzeigen
24
Walter Voog
Dr. Markus Born
Stefan Mößner
Dr. Roland Appel
Peter Fürnthaler
Annette Birkholz
Robert Schuder
Andrea Weiss
Dominic Hauenstein
Martina Huber
Thomas Fiori
Beate Ertl
Andrea Klein
Doris Sandmeir
Jana Kraus
Tanja Selig
Elfriede Kopp
Heike Volger
Cigdem Damm
Hildegard Unger
Barbara Fischer
Kwam Walton
Sabine Fiori
Philipp Hausch
Mikro
Kamera
Bildschirm
Verlassen



Bayerische Chemieverbände:
Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. (VBCI)
Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern (VCI-LV Bayern)
Innstraße 15, 81679 München
Telefon: 089-92691-0
E-Mail: vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de
www.bayerische-chemieverbaende.de